

Hertensteiner Gespräche, Heilbronn, 17.9.2022

Welche Zeitenwende brauchen wir Europäer?

Konträre Antworten von Klaus von Dohnanyi („Nationale Interessen – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche“) und Edzard Reuter („Der Preis der Freiheit – was Europa jetzt tun muss. Ein Weckruf“) - Versuch der synoptisch-kritischen Fundierung für mehr Öffentlichkeitsarbeit und Selbstbewusstsein der BürgerInnen Europas.

Moderator: Prof. Walther Heipertz, Heidelberg

- Methodische Vorbemerkung:

Die beiden o.g., kürzlich erschienenen, Bücher stellen kompakte, sich gleichwohl als komplett verstehende, konträre Positionierungen zweier Autoren dar, die in Deutschland über Jahrzehnte mit europabezogenen Fragen und Gegebenheiten befasst waren.

Ihre Positionen werden eingangs nochmal – in „**Persönliche Exzerpte**“ des Unterzeichneten – möglichst auch in der argumentativen Herleitung verkürzt wiedergegeben, um dann - anhand gemeinsamer „**Grundfragen**“, die auch in beiden Büchern implizit oder explizit aufgeworfen werden, und beziehend auf die unterschiedlichen Antworten der Autoren sowie die Meinungen der TeilnehmerInnen selbst – eine quasi synoptische Einschätzung zu Möglichkeiten und Grenzen eines verstärkten europapolitischen Engagements zu versuchen.

Der hierfür verfasste Text - „...**Gegenüberstellung der Positionen und Argumentationen der Autoren** ...“ - ist infolge der notwendigen, abschnittsweisen Gegenüberstellung thematisch vergleichbarer Thesen, die die Autoren häufig aber aus unterschiedlichen Kontexten ableiten, kein komplett durchgegliederter Fließtext, sondern besteht aus abgegrenzten, mit Überschriften versehenen Textabschnitten, in denen es auch zu Wiederholungen kommt.

Die Lektüre der Bücher, der Exzerpte und der „Gegenüberstellung“ ist allerdings für die Teilnahme an dieser Diskussion zur Zeitenwende nicht vorausgesetzt, da speziell die „Gegenüberstellung“ lediglich der Ableitung der zu diskutierenden Grundfragen dient, schon verbunden mit Positionierungen des Unterzeichneten, mit denen er die „Lösungsvorschläge“ der beiden Buchautoren zu vergleichbaren Fragestellungen („Grundfragen“) zusammenzuführen versucht. Dies zu vermeiden erwies sich als extrem artifiziell, ist aber aus Sicht des Unterzeichneten kein nachhaltiger Mangel, weil jedem die Quellen oder auch die vorangestellten „neutraleren“ Exzerpte zugänglich sind. Die im Text nachvollziehbare Abgrenzung von Kommentierung und Kommentiertem verhindert des Weiteren, dass sich die TeilnehmerInnen die Kommentierungen unbesehen zu eigen machen müssen.

Die TeilnehmerInnen sollten lediglich bereit sein, die formulierten Grundfragen (bzw. die wesentlichen davon) zum Ausgangspunkt der Diskussion zu nehmen.

ZUM UMGANG MIT DEN UNTERLAGEN:

Die Unterlagen müssen sicher nicht ausgedruckt werden. Evtl. ist es aber hilfreich, die Überschriften und Grundfragen ausgedruckt zur Hand zu haben. Diese hängen deshalb am Ende nochmal zum separaten Ausdruck auf Wunsch an!

- Inhaltliche Vorbemerkung:

Der Russische Angriffskrieg auf die Ukraine muss erhebliche Konsequenzen für die gesamte weitere Europapolitik haben. Dies ist auch zentraler Belang der diesjährigen „Hertensteiner Gespräche“. Da aber „Zeitenwenden“ nie ein ‚Neustart von Null‘ sind, muss man sich nochmal – mit geschärftem Blick zurück – mit Lage und Einschätzungen bis dahin befassen.

Dass beide o.g. Bücher knapp vor Kriegsausbruch verfasst wurden, aber schon unter dem Eindruck weiter zunehmender Spannungen, lässt sie besonders geeignet erscheinen für die Identifizierung von Fehlern und Defiziten, bzw. wie was besser gemacht werden kann und muss. Dies gelingt aber umso besser, je mehr man die Schlussfolgerungen aus dieser Analyse erst im Verlauf bzw. am Ende zieht, nicht schon mit entsprechenden Statements beginnt!

Da wir also all diese Überlegungen auch anstellen müssten, wenn - etwa aus irgendwelchen strategischen Gründen in Russland - dieser Krieg noch nicht vom Zaun gebrochen worden wäre, befassen sich die nachfolgenden Grundfragen somit primär nicht schon mit diesem Krieg. Erst in der letzten – allerdings ausreichend Raum einnehmenden – Grundfrage zum „Ausblick“ sollen – auch auf Basis der zuvor diskutierten Aspekte – die nunmehr unaufschiebbaren Konsequenzen verdichtet werden.

Persönliches Exzerpt (W. Heipertz) zu „Nationale Interessen...“ von Klaus von Dohnanyi:

Deutschland hat nur begrenzte Ressourcen an Zeit, demokratischer Überzeugungskraft und finanzieller Mittel, um sich für seine äußere, wirtschaftliche, soziale und demokratische Sicherheit einzusetzen. Vieles braucht globale Zusammenarbeit. Europa kommt aber nicht mehr wirklich zu den Kardinalthemen, weil es stattdessen Auseinandersetzungen zwischen traditionell freiheitlichen Mitgliedsstaaten und dem zentralen Europa initiiert, aus zu viel ‚gutem Wille‘ zur Vereinheitlichung.

Deutschland und Europa sind so wirtschaftlich international zurückfallen. ‚Natürlich‘ sind wir auch militärisch schwach und Amerika hat nur bedingtes Interesse an uns. Deshalb müssen wir um unser selbst willen mäßigenden Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik nehmen. Alles wurde für die Nationen weltweit im Zuge der Globalisierung prekär, so dass es in den letzten Jahren zu extrem viel Renationalisierung der Politik kam, auch in Europa. Das sei aber eine urdemokratische Reaktion auf diese Prozesse, die die Gestaltungskraft und das Gefühl von Sicherheit in den Staaten gleichsam zur Disposition stellen. Dies muss man verstehen und respektieren, um überhaupt noch die Zusammenarbeit der Weltgemeinschaft fortzuführen, auch die bestmögliche europäische

Integration. Dies müsse auch innerhalb der EU ein Grund sein für Rückbesinnung der Nationen auf eigene Interessen, nur wo es geht zusammen mit anderen, wie etwa zusammen mit Frankreich.

Deutschland habe auch nicht verhindert, dass die Politik des Westens nach Ende des kalten Krieges das „christlich-europäische“ Russland an die Seite Chinas gedrängt habe. Das sei eine ‚unnötige‘ Bedrohung, die man durch mehr Verständnis für die Sichtweise anderer Länder hätte verhindern können und vielleicht langfristig auch wieder abbauen kann. Aufgrund dieser Verwerfungen komme es nicht mehr zu den wirklich wichtigen politischen Debatten, zum Beispiel zum Klima.

Sollten die diesbezüglichen Zukunftsfragen jetzt aber - aufgrund der begrenzten finanziellen Kräfte in Deutschland und Europa - tiefgreifende Entscheidungen und Verzichte notwendig machen, sollte man sich eher gegen den Ausbau militärischer Stärke, bzw. für die Bewältigung eben dieser Aufgaben entscheiden. In diesem Zusammenhang erfolgt dann der Hinweis, dass sich Politik nicht von Emotionen der Völker, gemeint wohl vor allem die gegeneinander, treiben lassen dürfe.

Man müsse eine gewisse nationale Orientierung wieder finden. Nationale Interessen seien ein Satz von Überzeugungen, wie sie gleichsam in der DNA oder dem Langzeitgedächtnis eines Volkes liegen, die man gar nicht ignorieren kann. Rechte könne man begrenzt schon auf übergeordnete Gebilde übertragen. Die innerhalb der Nation Gewählten blieben aber in der Verantwortung. Die derart konstitutiven, nationalen Interessen müssten deshalb unausweichlich in der internationalen Verbindung, hier Europa, auch noch vorkommen, nicht irgendwie aus moralischen Gründen etwa, sondern weil letztere sonst definitiv gar keine Zukunft mehr habe. Überhaupt stelle sich die Frage, wie souverän auch kooperationsbereite Regierungen angesichts der Entwicklung der Medien und der Stimmungslenkung über soziale Medien überhaupt noch entscheiden könnten.

Die USA weisen große Besonderheiten und Unterschiede zu uns auf. Haben sie beispielsweise schlimmste rassistische Probleme, viel mehr als Europa, so hat das aber nie den Charakter eines ethnischen Separatismus. Eine interessante Starrheit des amerikanischen Systems - trotz und gerade mit seinen, jetzt doch mehr oder weniger auf der Kippe stehenden „checks and balances“ - habe schon bald nach dem Bürgerkrieg zu einer sehr unsteten Politik dieses zunehmenden Giganten geführt, mit erheblichen Risiken und Konsequenzen für Gegner, aber auch für die Partner. Amerikanisches Handeln habe fast nie - nur den Zweiten Weltkrieg nimmt er hier klar aus - zu Frieden und Demokratie, sondern eher zu Chaos und Diktaturen geführt. Ein selbstbestimmtes Deutschland liege auch nicht in ihrem Interesse. Auch gegenüber China gäbe es keine hehren Interessen, sondern nur die harte, geopolitische Vormachtskarte. Schon lange geht es ihnen nicht mehr nur um ihre Sicherheit, da ja keiner

mehr bedrohlich zu ihnen „rüberkommt“, sondern es entstand ein eigentümliches, wie selbstverständliches Zusammenfallen der originären US-Interessen mit der Rolle als Weltgarant, als „ausgewählte Nation“ eben. Von Anfang an waren aber interessanterweise in dieser Perspektive gerade Deutschland zusammen mit Russland, später dann auch China und dem Iran, geopolitisch sogar eine Gefahrenkonstellation.

Dass China so gefährlich sei, wird von von Dohnanyi bezweifelt. Expansion sei kein chinesisches Grundmotiv. Die deutsch-chinesische Kooperation könnte eigentlich noch über Jahrzehnte positiv laufen. Das Pochen der USA auf eine „Wertegemeinschaft“, um diese Verbindung abzukühlen, sei durchsichtig. Eine evtl. Bedrohung durch China stelle für Deutschland aber selbst dann die Frage, wie man das denn abwenden will. Für die USA liege aber ganz sicher keine Bedrohung vor, nur die ihrer Weltherrschaft. Für uns müsse es deshalb heißen, den Zwist zwischen den USA und China im Dialog einzuhegen. Sind wir denn wirklich an einer Wiederherstellung der weltweiten Dominanz der USA interessiert oder leiden wir nicht viel mehr gerade unter den damit verbundenen Konfrontationen? Wir sollten uns an einer gefährlichen Politik der USA nicht beteiligen. Eine Zurückdrängung Chinas ist ohnehin ohne Aussicht und ständiges Drohen bringt auch dort keinen Politikwechsel. Wenn aber eine Kriegsgefahr besteht, dann nicht durch die Expansion Chinas, sondern die konfrontative Strategie der USA.

Russland wiederum sei historisch viel mehr aus dem Westen angegriffen worden, als umgekehrt. Unter Putin will Russland einfach seinen Stolz wieder finden. Die autokratische Tradition sei nicht so schnell abzulegen. Will denn wirklich die Russische Föderation gen Westen? Ist Putin wirklich gefährlich für uns? Diese Frage wird rhetorisch verstanden als: im Grunde eben nicht. Es sei zu verstehen, wenn dem Westeuropäer oder dem Deutschen der russische Mensch vielleicht in gewisser Weise „fremd“ sei. In Westeuropa habe es ja, in den Nationen natürlich ganz unterschiedlich, seit sehr langer Zeit gesellschaftliche Entwicklung hin zur Demokratie gegeben, was Russland so nie schaffte. Diese demokratische Tradition gilt selbst für Deutschland, ganz unabhängig vom Interregnum des Dritten Reichs. Wir sind ja nicht etwa erst auf demokratische Prinzipien gekommen, weil sie uns Amerika nach dem Krieg gebracht hätte, sondern es wurde angeknüpft an eine sehr lange, gerade in Deutschland weniger zentralistische, Tradition der Suche nach Demokratie. Russland dagegen hatte früher allenfalls Phasen plutokratischer Demokratie. Auch die USA müssten uns insofern dann aber fremd sein, denn dort gilt zwar das Gesetz, aber genauso – und zwar in nicht zentral diskutierter Komplizenhaftigkeit – das Geld. Wenn ein Präsident Clinton oder Trump aufgrund ihres Verhaltens nicht aus dem Amt entfernt werden können, wie das in Europa ganz üblich wäre, so gäbe das zu denken. Selbst die USA sind – wird letztlich angedeutet – zumindest diesbezüglich nicht viel ‚besser‘ als Russland oder China?

Europa könne keine Weltmacht mehr sein oder wieder werden, auf Augenhöhe mit den USA, Russland oder China, brauche das aber auch nicht zwingend. Angesichts der Geschichte gäbe es sowieso zu viel einzelne europäische Interessen und keinen europäischen Hegemon. Die übergestülpten, alle heroisch hinter die Fahne rufenden westlichen Werte und Interessen müssten deshalb kritisch hinterfragt werden. Da bliebe nur wenig, sicher aber die individuellen Freiheiten. Mit diesem Hebel würden die USA aber sehr viel Macht ausüben, nicht nur gegen ihre offiziellen Feinde, sondern auch gegen Verbündete, wenn etwa Sanktionen auch die Staaten bedrohen, die weiter mit solchen Staaten Handel treiben, welche die USA sanktioniert. Trotz dieser militärischen Schwäche solle sich Europa natürlich diesbezüglich nicht ignorant verhalten oder gar entwaffnen. Je stärker Europa da - im vernünftigen Rahmen und weit unterhalb von Großmachtfantasien - sei, umso mehr Einfluss habe es in der NATO und könne dort mehr auf Dialog, speziell mit Russland, dringen. Bis auf weiteres hätte aber die polarisierende Tradition der USA, speziell auch bei den Osteuropäer, sehr verfangen. Da beeindrucke natürlich dann auch die Kaltschnäuzigkeit der USA, die sich ausdrücklich und von Anfang an etwa gar nicht der internationalen Gerichtsbarkeit unterzogen, was ja die andern Blöcke in der Sache auch nicht tun, nicht aber mit der quasi ‚eingeborenen‘ Selbstverständlichkeit.

Es folgt dann aber doch ein Vorschlag des Autors zu differenzierteren innereuropäischen Strategien, Bündnissen innerhalb von Europa, letztlich unterschiedlichen Geschwindigkeiten, für Deutschland etwa militärisch mehr kooperierend mit Frankreich, das dabei dann eine Führungsrolle übernehmen solle, weil das naheliege und Deutschland nicht schade. Das sei auch der eigentliche Kern des Élysée-Vertrags gewesen, aus dem seinerzeit im Hinblick auf die spätere Position Europas auch militärisch in der Welt sicher was ganz anderes hätte werden können, der genau deshalb aber auch durch die USA von Anfang an torpediert wurde. Jetzt schon - aber speziell auch dann, wenn hier doch noch bessere Koordinierung und Kooperation gelinge - sei die NATO und ihre europäische Flanke dann sicherlich auch für Russland ein zusätzlicher Grund zur Zurückhaltung. Zwar sei Europa im Extremfall - siehe das unverändert geltende, auch ‚alternativlose‘ Konzept der „flexible response“, mit einem unverletzten Amerika und einem zerstörten, toten und verstrahlten Europa - militärisch nicht zu retten. Die konventionelle Abwehr schon vor dieser finalen Katastrophe sei aber nicht unbedeutend. Entscheidender sei aber eine Wirtschaftskraft auf Augenhöhe der Großen, und davon seien wir inzwischen leider auch weit entfernt, hier aber nicht unaufholbar.

Nur dafür aber brauche man - allenfalls europäisch organisiert, nicht aber dirigiert - viel entfesseltere, nationale Interessen und Fähigkeiten, wo dann auch den einzelnen Nationen ihre eigenen Wege nicht streitig gemacht werden, insbesondere wenn sie auch international etabliert sind, damit auch international relevante Technologien und Kooperationen, je

nach Schwerpunkt, in und für Europa fortleben lassen, etwa Frankreich mit inzwischen verstärkter Atomenergetradition, Deutschland langfristig mit mehr regenerativer Energie und anderes. Das sei ein perspektivisch viel integrativerer Weg, so wie De Gaulle seinerzeit wiederholt klargemacht habe, dass natürlich aus wechselseitig befruchtender Konföderation auch Föderation und irgendwann auch noch mehr werden könne. Bis dahin sei es aber wichtig, man überlässt wichtige Entscheidungen nicht einer Mehrheit, sondern der Einstimmigkeit im Rat, reduziert aber die Anzahl dieser Entscheidungen.

In deutschem Interesse, bzw. fürs deutsche „Überleben“ in Wohlstand und Sicherheit, genauso auch für Europa insgesamt, seien deshalb die „Vereinigten Staaten von Europa“, so schnell wie man es nur zusammenschustern kann, gerade nicht wünschenswert, nur eine evolutionär fortschreitende Konföderation.

Die negativen Folgen der Globalisierung würden sich in Europa zurzeit durch die kontraproduktiven Strukturen und Abläufe in der EU nämlich nur noch verschärfen, im Sinne einer „Hyperglobalisierung“. Durch die Globalisierung seien ja gesellschaftliche Produktionsweise, Arbeitsmarkt, Einkommensverteilung und soziale Sicherheit für jedes Land extrem den Wettbewerbsbedingungen des Weltmarkts unterworfen. Der Weltmarkt wird zum Maßstab, zur betriebswirtschaftlichen Referenz. Jedes Land versucht somit, mehr als früher, wirtschaftspolitische und sozialpolitische Souveränität zurückzugewinnen, um soziale Folgen der Globalisierung durch nationales Handeln abzufangen. Durch hier übergeordnete Regeln entstehe die Gefahr des Legitimationsentzugs für Regierungen infolge versagenden Krisenmanagements. Demokratie – damit auch mehr Rechtsstaat, an dem der EU ja auch sehr liegt – gedeihe aber nur da, wo der Bürger noch auf die Tagesordnung öffentlicher Debatten und die Entscheidungen Einfluss nehmen könne.

Dass dies im Rahmen weltweiter Organisationen, etwa der WTO oder WHO nicht geht, sei klar, aber auch quasi ‚sehr weit weg‘. Gerade die kritische Nähe bei kritischer Ferne – so ungefähr versteht der Unterzeichnete den Autor - , mit ‚fremder‘ Durchschlagskraft bis ins ‚eigene‘ Land hinein also, machten diese „ever-closer-union“ quasi ‚ever prekärer‘. Es gäbe vielmehr sogar Bedarf nach mehr Nationalbewusstsein, aber einem vernünftigen, was man nicht gebetsmühlenartig vermischen dürfe mit dem nationalsozialistischen Erbe Deutschlands. Nicht nur England und Frankreich hätten nämlich ganz andere, auch nicht allseits lupenreine, dennoch aber unbelastete, bzw. auch ‚gepflegte‘ und in einem wesentlichen Kern auch unbelastete ‚gelassene‘, Traditionen. Auch Deutschland verfüge - gerade etwa mit seiner geradezu konstitutiven Tradition sozialen Ausgleichs, die schon vor bald 150 Jahren auf der Weltausstellung deutsches Markenzeichen war, noch vor den Bismarck’schen Sozialgesetzen – über identitätsstiftende Erinnerungen,

auch auf dem Hintergrund einer langen, auch gleichsam wesensmäßig gerade lange überhaupt nicht protzig-großnationalen Ausrichtung.

Diese nationalen Schätze – im Kontext gegenseitiger Unterstützung statt Bevormundung – müsse man heben und aktivieren, statt sie irgendwie in dubiose Ecke zu verbannen. Auch die Trägerin des Friedenspreises des deutschen Buchhandels Aleida Assmann habe den Deutschen im Interesse Europas und der Welt sogar mehr derartiges Nationalbewusstsein ‚verordnet‘. Europa müsse insgesamt somit weniger mahnen, auch um die nur schwer vereinbaren Ziele von Demokratie, nationaler Selbstbestimmung und Standhalten in der Globalisierung in jedem Land, mit eigener Kultur, Geschichte und Problemen, zu ermöglichen. Dies werde zurzeit bevormundend behindert.

Einflussnahme und unkonditionierte Unterstützung seien natürlich nicht leicht auszutarieren. Er sagt dazu. „ ... je tiefer Globalisierung und Europäisierung in Nationalstaaten eindringen, desto bedeutsamer wird der Nationalstaat mit seinen individuellen Interessen als Fundament der Demokratie... Globalisierung und Europäisierung bringen die Welt zusammen, aber die unvermeidlichen Folgen für die Nationalstaaten treiben sie zugleich auch auseinander“. So wären auch Erscheinungsformen wie der Populismus nichts anderes als eine demokratische Reaktion, die einer demokratischen Debatte bedürfe, die Wege zur Lösung zeigt, nicht der Verteufelung.

Die EU, vor allem die Kommission, dürfe nicht weiter die dynamische Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit Europas behindern. Wissenschaftler und weltweit vernetzte Fachleuten würden etwa im „Economist“ schmerzhaft vordeklinieren, wie eine – weltvergessene, vom ‚gerade noch‘ relativen Wohlergehen in Europa narkotisierte – Industriepolitik den Kampf der Wirtschaft um den – existentiell gerade für Europa unabdingbaren – Erhalt einer führenden Position in der Welt stark behindere (zum Beispiel das Verbot der Fusion der Eisenbahnsparren von Alstom und Siemens). Aus lauter Rücksichtnahme auf das innereuropäische ‚Proporz-Heil‘ werde der ganze Kontinent geschwächt. Da müssten wir viel aggressiver werden, weltspitzenambitioniert, hier auch ganz anders als im militärischen Bereich, wo das alles nicht mehr gehe. Wieso bloß habe man Brüssel erlaubt, so stark in die Gewährung staatlicher Beihilfen eingreifen. Dies müsse wieder kleinteiliger entschieden werden. Auch die Erfolgsgeschichte des Airbus sei ja eine staatlich geförderte Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland gewesen, kein europäisches Projekt, das unter diesen Kautelen wohl gar nicht hätte entstehen können. So sei es aber eine irre Erfolgsgeschichte geworden, bei der Europa – jetzt hängen ja auch mehr Länder daran – massiv aufgeholt und gleichgezogen habe, wovon viele nun leben.

Wie man das weltweit macht – und sich somit auch Europa dem nicht entziehen könne – , gegebenenfalls mit massiven Bürgschaften, die dann

auch der eigenen industriellen Entwicklung am eigenen Standort dienen, zeigten etwa die USA, China sowieso. Änderungen des europäischen Beihilferechts seien deshalb existenziell. Die EU-Kommission solle in Zukunft eigentlich nur noch, mit allen Staaten der Europäischen Union zusammen, wichtige Felder zukünftiger Industriepolitik identifizieren und die beteiligten Länder dann von der Beihilfekontrolle freistellen, so dass nur noch WTO-Regeln angewendet werden.

„Freundschaft zwischen Völkern“ stelle ein hehres, aber ideologisches, letztlich unwirkliches Prinzip dar. Zwischen Völkern und Staaten gebe es nur Interessen. Man solle die staatliche Kooperation nicht so vermenschlichen. Dann würde man auch schnell merken, dass militärische Bündnisse allein keine Möglichkeit sind, Gefahren zu vermeiden (wohl so gemeint, dass auch dies ein eher zwischenmenschlicher Reflex sei). Freundschaft zwischen Staaten könne allenfalls in der wechselseitigen Toleranz ihrer Einzigartigkeit bestehen, nicht in der Vereinheitlichung. Europa müsse deshalb eine Gemeinschaft werden, in der jeder Staat seine eigenen Interessen schlicht besser umsetzen kann, als allein. Das werde aber gerade dann nicht gehen, wenn Europa sich zum Weltmeister sozialer und ökologischer Regelsysteme macht, sich damit aber schwächt und dann womöglich tatsächlich - mangels innerer Kraft, die es sich eben aus freien Stücken selbst abgeben hat - in jeder Beziehung disponibel wird.

Persönliches Exzerpt (W. Heipertz) zu „Der Preis der Freiheit...“ von Edzard Reuter:

Es sei noch nicht lange her, dass wir bei der ‚wohlverdienten‘ Kreuzfahrt in die Karibik weiter der Überzeugung waren „Yes, we can“, obwohl es mehr schon die wehmütige Erinnerung an einen vergangenen, jugendlichen Zukunftsglauben war. Immerhin gibt es ja auch seit Langem tägliche Schauernachrichten aus dem Nahen Osten und der Welt, die deutlich machen, dass der „Krieg gegen den Terror“ irgendwie nicht klappt. Das habe uns im Kern unseres Lebens andererseits aber gar nicht erreicht. Vom prophezeiten „Ende der Geschichte“ - nach dem epochalem „Sieg der Freiheit“ - würden wir aber seit Langem nicht mehr beflügelt. Die vielen, überall aufflackernden, dann mal abflauenden Konflikte und Kriege, dann auch die zusätzlichen Folgen des globalen ‚Zusammenrückens‘, zuletzt die Corona-Pandemie, versetzen uns vielmehr in Angst.

Da ist das kämpferische, alle Bataillone hinter sich rufende Geschrei eines Donald Trump - mit diesmaliger Linienziehung gegen den neuen Weltfeind China - fast schon vertraut. Kein europäischer Staat könnte sich nachhaltig gegen Katastrophen schützen und wenn wir deshalb schon mal

in der Vergangenheit versucht haben, zusammenzurücken, so hätte gerade die USA - weil sie von uns in Vereinzelung mehr haben - das immer wieder torpediert. Von da kommt deshalb auch heute keine Zuspruch für eine „closer union“, während die anderen uns sowieso - unter geschickter Nutzung unserer Offenheit inkl. Gutgläubigkeit - unterminieren, Russland beispielsweise mit Cyberattacken, China mit lockenden Märkten, inklusive systematischer Technologiepiraterie.

Dies führe natürlich alles zu einer - gemeinhin als „rechts“ bezeichneten, letztlich nationalistischen - Grundklage, dass wir schwach sind, weil wir anderen erlauben, zu uns einzudringen. Dies wird angefütert von Verschwörungstheorien, Reichsbürgerspinnereien usw., alles inzwischen aber Äußerungen, denen auch der Normalo irgendwas abgewinnt. So entsteht Misstrauen und Hass gegen die „Mächtigen“. Manchen erinnert das auch an die vielbeschworene römische Dekadenz, weil wir umso mehr eben mit Facebook, Instagram und dem Traumschiff bei Netflix unser Leben verbringen und insgeheim vielleicht sogar hoffen und vertrauen, dass irgendwie die ‚künstliche Intelligenz oder so‘ alles schafft, auch ohne unser Zutun. Traditionelle Volksparteien können jedenfalls schon lange nicht mehr auf vertraute Wählerschichten bauen. Populisten werden immer schicker, auch in Regierungsämtern.

Andererseits gebe es aber weltweit einen wirklichen, phantastischen Fortschritt, der uns technologisch erlaubt, wesentliche Probleme der Menschen zu lösen, auch die mit diesem Fortschritt selbst verbundenen zumindest einzudämmen, sodass einem eigentlich gar nicht bange werden müsse. Dazu müsse man nur die Themen endlich anpacken und die bedingungslosen Rationalisten und die unverbrüchliche Moralisten müssten sich halt ‚treffen‘.

Freiheit und Frieden - sollen sie erhalten werden - verlangten heute Härte. Schon immer hätten sich die USA - im kalten Krieg dann frapperend schnell auch der konkurrierende Ostblock - weltweiter, jahrhundertalter, regionaler Konflikte, speziell wo Rohstoffe liegen, gleichzeitig aber Bevölkerungen in Armut und Bildungsferne, neben gleichwohl kontrollierbaren, Führungseliten und Stammesführer lebten, bedient, um Macht auszubauen. Dies für eine immer mitgedachte, finale Konfrontation und ohne jedes Interesse - wie oft aber anders kolportiert und oft auch selbst übersehen - an der autochthonen Entwicklung dieser Regionen. Da wurden wir dann auch nolens/volens - zunächst nur finanziell - hineingezogen, verteidigten die Freiheit Deutschlands dann aber bereits am Hindukusch, zeigten dann und wann auch mal bei Gerhard Schröder nochmal eine kleines rotes Kärtchen, verkuppelten uns dennoch aber vorübergehend mit einem - früher kurdenfreundlichen, zunehmend aber kurdentödlichen - türkischen Machthaber, um den dann aber auch wieder, unter Berufung auf angeblich immer schon gültige europäische Werte, fallen und sich noch mehr radikalisieren zu lassen, usw. usw. ...

Trotzdem machten wir gerne günstig Urlaub in Antalya, hätten also dies alles in Deutschland nicht so verarbeitet, dass wir vielleicht mal - abgesehen von vielen leidenschaftlich engagierten Menschen - einen tragfähigen Bogen zur eigenen Vergangenheit geschlagen hätten, also hin zu Vertreibung, Flucht, Armut und dem Wiederaufbau von ganz unten ganz vieler Deutscher im Jahr 1945, was sich ja täglich in der Welt vielfach wiederholt. Wir sind zwar betroffen, spenden viel, nehmen dennoch aber - mehr oder weniger achselzuckend - etwa das Kriegsgeschehen im Nahen Osten zur Kenntnis. Wir sehen auch das abstoßende Ringen, mit dem Le Pen, Orban, Kaczynski und Wilders die Menschen, die ja ganz sichtbar auch das Elend dieser jahrzehntelangen internationalen Politik in das Herz unserer Länder tragen, durch Aussperrung im Zweifelsfall auch vernichten und damit unser Privileg in dieser Welt ein weiteres Mal ‚für immer‘ festzurren wollen.

Wir sind aber nicht nur unberechenbar - mal also menschlich, mal überfordert - , sondern auch auf übergeordneter Ebene nicht mehr genug strategiefähig, in einer sich andererseits schnell entwickelnden Welt. Natürlich gab es noch vor 40 Jahren in China Verhältnisse, wo kein Mensch - auch solche mit Weitsicht nicht, außer vielleicht ein Henry Kissinger oder dann auch Helmut Schmidt - die chinesische Aufholjagd vorhersehen konnten. Aber auch lange später noch wurde - durch kurzsichtige, weitergetriebene, gleichwohl ‚saudumme‘ Arroganz - übersehen, dass damit einem auch weiterhin diktatorischen System sogar die - sonst kaum denkbare - Prosperität und Regimestabilität frei Haus geliefert wurde, inklusive der Technologien, um das alles bald auch selbst machen zu können. Wir konnten uns ja auch immer mehr leisten, für immer weniger Geld, was inzwischen schon zum normalen Erwartungshorizont an ‚Lebensqualität‘ in unserer Gesellschaft gehört. Man könne zwar mit gewisser Berechtigung hoffen, dass die noch verschärfte, autoritäre Durchstrukturierung unter Xi selbst in China nicht so weitergehen kann. Dennoch sagt Reuter: „Unverzichtbare Voraussetzung für das Überleben freiheitlicher Gesellschaften bleibt ..., dass sie stark genug bleiben, sich zu wehren. Wir Europäer haben einen Anlass, das nicht zu vergessen!“.

Die USA haben hier natürlich nach dem Krieg – bzgl. aller europäischen Länder, egal ob Sieger oder Verlierer, - extrem viel getan für die Stabilisierung Europas, in der historischen Aufarbeitung allerdings gleich heftig darauf geachtet, dass etwa eigene – auch heute wieder mehr als nur virulente - antisemitische Tendenzen beispielsweise nie Thema wurden. Dazu war Europa auch mit sich selbst viel zu sehr beschäftigt. Die Neuaufstellung unter der Ägide der USA war ja dann auch - in einem sich zuspitzenden Konflikt mit dem an Bedeutung zunehmenden, sowjetischen Weltregime - ein jahrzehntelanger Selbstläufer. Viel Symbolik, die allerdings auch tatsächlich nicht nur etwa nur um der Symbolik willen ins Werk gesetzt wurde, etwa die Luftbrücke für Westberlin, tat ein Weiteres.

Das alles reflektierte aber in Wirklichkeit nie die – geradezu unausweichlichen, sicher gar nicht immer allen Beteiligten bewussten, dennoch nahezu ‚gesetzmäßigen‘ - amerikanischen Realinteressen. In einem – durchaus dem nicht widersprechenden – ‚Fenster‘ förderlichster Umstände konnte dann aber - gerade und eigentlich fast nur - mit Unterstützung der USA die Wiedervereinigung Deutschlands erlangt werden. Kein Mensch wisse, so Reuter, wie das wohl unter einem Präsident Trump abgegangen wäre, wenn der in einem seiner erratischen Deals - wegen einer gerade ‚anhängigen Angelegenheit‘ irgendwo anders auf der Welt - Russland an seiner europäischen Ecke lieber mal hätte in Ruhe lassen wollen.

Die USA würden sicherlich auch in Zukunft – bei im Wesentlichen eben auch nur auf dieses Ziel ausgerichteter Politik – eine unantastbare Großmacht bleiben, nicht mehr aber einzige Führungsmacht. Ihre ‚heimischen‘ Wirtschaftsgiganten werden aber weiterhin über unabsehbare Zeit global dominieren, weil die USA dies mit allen finanziellen Mitteln fördern, denn auch dies stabilisiert die größtmögliche Herrschaft, jetzt durch noch mehr Abhängigkeit aller anderen. Innenpolitisch wird diese Relativierung amerikanischer Größe aber – auch angesichts einer, lange als Markenzeichen von Freiheit vor sich her getragenen, zunehmend aber dysfunktionalen und prekären Lage unzähliger Amerikaner, zusammen mit dem Wegbrechen einer automatischen Legitimierung als Welthegeemon – zu immer mehr Verwerfungen führen: jetzt schon absehbar mit einer tiefen Spaltung der Amerikaner in zwei Lager und Welten (siehe „Tea Party“, „America first“ und den buchstäblichen „Krieg“ zwischen Republikanern und Demokraten). Ähnliche Entwicklung gebe es aber inzwischen auch bei uns, nur noch nicht so weit fortgeschritten. Wollten wir uns aber künftig auf uns selbst verlassen, dann heiße das nicht mehr „Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Österreich ...“, dann heiße das schlicht und einfach: „Vereinigte Staaten von Europa“.

Da gebe es aber noch viel „Mühsal“ mit und in Europa. Wer allerdings von nationaler Unabhängigkeit träume, solle besser nicht vergessen, warum die EU ins Leben gerufen wurde. Intern hatte Europa ja genug Selbstzerfleischung erlebt. Als es das aber beginnen wollte, dauerhaft zu überwinden - zum Beispiel noch vor der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) durch die „Montanunion“, die noch gar keine weiterreichende politische Vereinigung vorsah - waren hier schon die USA schnell zur Stelle, dem Einhalt zu gebieten. Viele der Liaisons, etwa zwischen Helmut Schmidt und Valery Giscard d'Estaing oder Kohl und Mitterrand blieben auch deshalb irgendwie stecken. Der Verfassungsvorschlag scheiterte dann auch. Dennoch kam es wenigstens 1992 schließlich zum Vertrag von Maastricht. Man dürfe aber - trotz aller gebotener Vorsicht und Rücksicht - den Bürgern nicht vorgaukeln, dass ihre Staaten die Vorteile der EU nutzen könnten, ohne dass sie sich mit Beiträgen und ‚Opfern‘ beteiligen, die ja erst die Vorteile für die ‚diesmal anderen‘ Begünstigte ermöglichten. Zum Glück hätte jetzt wenigstens im

Zeichen der Corona-Pandemie ein gemeinsamer Fond von 500 Milliarden aufgelegt werden können. Das habe dennoch ein schon eingepreistes politisches Erdbeben gerade in Deutschland ausgelöst. Glücklicherweise seien manche dieser Errungenschaft aber nicht mehr reversibel, würden vielmehr durch ihren Erfolg den Weg bestätigen und sich so in der politischen Wirklichkeit verankern.

Aufgrund des fragilen europabürgerlichen Selbstbewusstseins könne man dennoch momentan die Weiterentwicklung etwa zu einem föderalen Bundesstaat realistisch nicht propagieren. Dennoch seien – angesichts eines auch kaum mehr überschaubaren Wirrwarrs von vertraglichen Vereinbarungen – der Kommission nun, mit Billigung des Parlaments, Richtlinienkompetenzen in der Handelspolitik, auch in weiten Bereichen der nach innen wirksamen Politikfelder, etwa beim Umwelt- oder Verbraucherschutz, in der Verkehrspolitik und im Agrarwesen, zugewachsen. Zur Frage eines großen eigenen Haushalts sei leider aber noch lange und immer wieder damit zu rechnen, dass sich - viele bis alle - Mitgliedsländer dagegen stellen, weil ihnen die Union dadurch potentiell zu eigenmächtig werde. Kein Franzose möchte halt, dass sein Staatspräsident beim Besuch des chinesischen Kollegen nur in der zweiten Reihe sitzt. Das könne dennoch aber noch kommen.

Das alles seien allerdings nicht nur Fragen gründlicher zwischenstaatlicher Abstimmung, sondern ausreichender Mehrheiten in den Bevölkerungen selbst. Man könne ja vielleicht in eigener Person – wie der Autor das für sich selbst beschreibt, auch schon angesichts des Alters vielleicht und sonstiger biografischer Gründe – bereits nur noch nur marginale nationale Ambitionen haben. Wer etwa unter den Bedingungen eines großen Unternehmens die Chance hatte, bei mehrtägigen Tagungen Personen mit - primär für ‚unsereins‘ höchst auffälligen, persönliche Eigenheiten, etwa die seinerzeit extrem verschlossene Art weiblicher japanischen Firmenrepräsentantinnen – zu erleben, mit ihnen dann aber wiederholt und länger zusammenzutreffen, habe eben konkret lernen können, wie schwierig, dann aber doch auch erfolgreich - und mit der Wahrnehmung wirklicher Bereicherung - gegenseitiges Verstehen entsteht. Dies könne nicht gleichermaßen jenen Menschen gelingen, die in der Provence, in Malaga oder im Piemont mit viel Arbeit ihr tägliches Leben bestreiten. Hier brauche es weiter viel Geduld - vielleicht sogar weniger Aufregung, aber Nachhaltigkeit - um zu zeigen, dass dies alles im Interesse der eigenen Zukunft und der der Kinder nicht nur unausweichlich, sondern wünschenswert ist.

So habe ja auch die Einführung des Euro symbolische Kraft im Positiven, aber ganz stark auch im Negativen gehabt. So wurde das in Deutschland schon fast wie der Verlust unserer „sparsamen Seele“ und jeder weiter vernünftigen Haushaltsführung gesehen. Das passiere sogar immer noch, wenn etwa Populisten aus nichtigem Anlass einen Empörungstreiber suchen. Tatsächlich aber habe ja gerade Deutschland recht früh und lange

die harten Defizitregeln, die damals mit dem Euro eingeführt wurden, gerissen. Ob aber dann die Rosskur für Griechenland tatsächlich richtig war, oder daraus doch zu viel Spaltung auch in den Herzen der Menschen - wegen einzelner Schickale vielleicht auch für Jahrzehnte - resultierte, stehe dahin. Dennoch sei Europa hier zumindest nicht auseinandergefallen. In Italien etwa habe das aber zu - seit Jahren anhaltenden, wohl sicher auch noch zusätzlichen - politischen Abenteuern geführt, deren Ausgang bis heute nicht absehbar sei. Es stelle sich somit schon die Frage, welche Kollateralschäden an innereuropäischer Aversion der Menschen speziell die deutsche Rigorosität bewirkt habe und ob sich das auch nur rein finanziell, vielleicht auch nur für Deutschland, überhaupt lohnte. Die ‚hässliche‘ Austerität und monomorphe Ablehnung einer „Transfer-Union“, wie auch die Ablehnung des Schuldenerlasses für Griechenland in der zugespitzten Währungskrise, für die ja auch der Internationale Währungsfonds plädiert hatten, hätten trotzdem aber zu einer - auch von Deutschland nicht mehr zu verscheuchenden - Diskussion von Eurobonds beigetragen, die schließlich im Zuge von Corona auch zum Dambruch führte. So schaffe eben die Wechselwirkung zwischen zunehmenden Spannungen und Krisen einerseits, mit mühselig abgetrotzten gemeinsamen Politikformaten andererseits, selbst wenn sie noch gar nicht fest vereinbart sind, neue Realitäten und Fortschritte.

Diese Entwicklungen bringe aber auch mit sich, dass aus der Innenperspektive vieler Länder wesentliche Fragen gleichsam ‚nur noch‘ eine von außen kommende, oft nicht transparente Erledigungen erfahren, Konsense also auf übergeordneter Ebene ausgehandelt werden, der maßgeblich Streit weit weg ist, teils auch nicht nachvollzogen werden kann, innerhalb der Länder dann die Konflikte oder Aufregungen zum Teil keine Andockstelle mehr finden, die Auseinandersetzungen dort dann gerade dadurch thematisch sehr springen, auch stark wechselnde Koalitionen möglich sind und traditionelle, in der Sache liegende Konfliktlinien gar nicht mehr existieren. So müsse sich dann jeder irgendwie in einem ungeordneten Gesamtchor besonders hervorheben, würden auch vorübergehende Fantasienamen für politische Gruppierungen aufpoppen, man als Bürger darin aber gar keine tatsächlichen Programme und Kontroversen mehr erkennen können.

Eine viel ruhigere, aber auch sehr fragliche Form desselben sei da die ‚große Mitte‘, quasi in Reinkultur in Deutschland. Hier habe im Zuge der 16-jährigen Regentschaft von Kanzlerin Merkel die Grundbotschaft - gelegentlich unterbrochen von Eruptionen, zum Beispiel der „Flüchtlingskrise“ - gelautet, dass wesentliche Fragen schon ‚irgendwie‘ gelöst werden, in der Regel innerhalb einer parlamentarisch erdrückend breit vertretenen „Koalitions-Dauerklausur“, sowie irgendwo in Brüssel, wo man dann auch einerseits nur hört, dass es weitergeht, andererseits aber auch, dass nichts weitergeht. Ungefähr so - so hat der Unterzeichnete den Autor verstanden - habe es eine fatale Entpolitisierung der Menschen

gegeben. Dazu passe dann auch die zur Gewohnheit gewordene, unüberlegte Herabsetzung der Kommission und ihrer Mitglieder.

An europäischen Stolpersteinen für die Zukunft sei abschließend, mit besonderer Sorge und als allererstes, das - alles Wünschenswerte ja erst ermöglichenden - Wirtschaftsleben in heutiger Form zu nennen. Die immer noch galoppierende Orientierung am Shareholder-Value müsse - irgendwie hoffentlich auch durch die neue Regierung in Deutschland, dann aber auch für ganz Europa - eingedämmt werden. Wenn strategische Entscheidungen in der Wirtschaft nicht mehr von Nachhaltigkeit, sondern von kurzfristigen Profiten aus globaler Sicht bestimmt würden, gefährde das alles. Dies geschehe zwar weltweit auch, mehr oder weniger stark, nur nicht in China, wo eben strategische Entscheidungen ggf. durch ‚grenzenlose‘ staatliche Subventionen unterfüttert werden, was auch entschiedener von den zuständigen Organisationen auf Weltebene berücksichtigt werden müsse, da dies ja ausgesprochen zerstörerisch sei. Dennoch müssten wir deshalb aber auch selbst - daran gemessen in vitalem europäischem Interesse, nach Verständnis des Unterzeichneten durchaus im Sinne eines „Europapatriotismus“ - rasch die betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei uns revidieren.

Des Weiteren müsse in der Zukunft ein weniger reflexartiges, weniger ausgrenzendes Sich-Identifizieren mit der eigenen Kultur gelingen. Fraglos und zu Recht fühle man sich ja durch Sprache und typische Regeln deutlich anders als viele andere Menschen auf der Welt, die etwa in fundamental-religiösen oder auch sehr ländlichen oder armen Staaten und Gesellschaften lebten. Soweit diese Menschen uns begegnen bzw. zu uns kommen, sollten wir ihnen aber immer auch selbstverständliche Chancen zu Bildung, Weiterbildung und Arbeit nicht vorenthalten, sodass sie - in einem persönlichen, eigenen, aber auch wechselseitigen Integrationsprozess ihres früheren Lebens und ihres zukünftigen hier - auch als ‚ganzer‘ Mensch ankommen können, womöglich in Würde und dann mit eigenem Beitrag auch bleiben. Das sei dann keine unidirektionale Anpassung und werde sich dennoch für die ‚Empfängergesellschaft‘ regelhaft als Stärkung erweisen, nicht zuletzt auch für das Standing in der Welt, auch gerade in den Herkunftsländern dieser Menschen, ganz sicher also nicht als schwächende Belastung unserer traditionellen Gesellschaftsordnung.

Dem stehe aber eine - durch die sozialen Medien geradezu angestachelte - neue ‚Fähigkeit‘ gegenüber, sich quasi ‚ganz alleine‘ überall auf der Welt ‚zurechtzufinden‘, also nicht mehr auf gemeinsame und zusammenführende Formate angewiesen zu sein. Dies fördere die sich selbst genügende Individualisierung, damit auch den Irrweg, dass die Menschen es wieder - sinngemäß wie ‚erst im Urwald‘ - für angebracht und alternativlos halten, sich bestmöglich nur selbst durchzusetzen bzw. andere zu verdrängen. Dem stünden zwar sehr viele Menschen, gerade auch in Deutschland, gegenüber, die sich beeindruckend engagieren in

Katastrophenfällen, beim Spenden, bei Freiwilligendiensten in Krankenhäusern usw. Diese Charity-Kultur sei dennoch auch ein Abbild der Spaltung, die durch die Gesellschaften geht, denn diese Seite der Menschen habe oft gar nichts mehr zu tun mit der anderen und kommuniziere auch nicht mehr ihr. Ein gemeinsames Commitment sei aber wichtig, sich eben an gemeinsame Regeln zu halten, wie der auch nur, dass man Pappbecher nicht wegwirft und rote Ampeln beachtet. Die Gleichgültigkeit demgegenüber werde natürlich auch dadurch befeuert, dass - mit galoppierender Verbreitung gerade dieser Botschaften - sich die Spaltung von Wohlstand und relativer Armut real und gefühlt vertiefe, tatsächlich wohl auch besonders in Deutschland.

Dadurch würden viele ‚abgehängt‘, auch von der Chance überhaupt, sich noch hochzuarbeiten. Das bedeute ja nicht, dass ‚noch mehr‘, breit gestreute, einfach nur besser ausstattende Sozialleistungen nötig wären, sondern dass die Idee, dass jeder seines Glückes Schmied sei – wie sie in den USA aufgrund der Gründer/Siedlerdynamik noch verbreiteter war, aber auch inzwischen extrem widerlegt wird - wieder mehr Wirklichkeit werde. Parallel zu dieser Schieflage sei bei einigen einfach die Anspruchshaltung, ohne Selbstachtung oder Selbstreflexion, riesig, bei den anderen die damit verbundene gesellschaftliche Grundidee aber auch nicht mehr lebendig. So sei die in unserem Grundgesetzes Art. 14 verankerte Verpflichtung des Eigentums auf das Gemeinwohl merklich auch nicht mehr Teil des Bürgerselbstverständnisses.

Es gebe paradoxerweise trotzdem eine geradezu unbekümmerte Gläubigkeit an die Machbarkeit, die künstliche Intelligenz etwa, also die ungebrochene technologische Lösungskompetenz aller Zukunftsfragen, gerne vielleicht inzwischen auch die Herrschaft eines von menschlichen Bugs ganz befreiten Intellekts (?). Auf der anderen Seite gäbe es neben Gläubigkeit bzw. Ungläubigkeit auch – oft grotesk gesteigert - Zukunftsängste: auch vor der kurz bevorstehenden Selbstauflösung der Welt, ihrem Vergehen in eisiger Kälte oder brütender Hitze. Der Autor frage sich da, ob es nicht einen naheliegenden „dritten Weg“ geben, den nämlich, dass mit allen Mitteln der Technologie Probleme angegangen und - vermutlich oder hoffentlich - dann auch beherrscht werden. Mehr gehe doch sowieso nicht. Der Lösungsrahmen dafür sei aber Europa, weshalb er allen Lesern, die diesbezüglich - wie auch er - besorgt sind, zumindest mal dringendst empfehle, in Zukunft wirklich nur noch solche Parteien zu wählen, die ausdrücklich eine Weiterentwicklung Europa zu mehr substantieller Kooperation forderten.

Als Ausweg aus dem Gefühl, hilflos so viel Imponderabilien ausgesetzt zu sein, sollte man sich außerdem ‚um Gottes willen‘ nicht mit den digitalen Distractionen verschiedenster Art selbst ‚ruhigstellen‘, auch wenn die Corona-Pandemie dies erheblich beförderte, denn das wäre Selbstmord. Wir sollten einfach selbst bedrohliche Dinge nicht noch weiter dramatisieren, sondern eher die andere Seite der digitalen Revolution in

uns aktivieren, die nämlich der Zukunftsbegeisterung, des Selbstbewusstseins und des Vertrauens in Fortschritt und eigene Kreativität.

Wir sollten schließlich auch – so der „Weckruf“ – mehr Mut zu Kontroversen haben, weil sich in ihrer Diskussion dann schon vieles bewegt und die Menschen sich dabei ja nicht nur blockieren, sondern auch fit machen, um spätestens bei unabweisbarem Problemdruck auch gemeinsam dann – und unter Kenntnis und Berücksichtigung der ‚ehemaligen Gegenseite‘ – Verantwortung zu übernehmen. Diese wichtigen Kontroversen müsse man allerdings erstmal wieder herausarbeiten. Dann aber habe er das unverbrüchliche Vertrauen, das sich genug Menschen finden, die diese Verantwortung noch nicht vergessen haben. Diese Mühe sei der „Preis der Freiheit“, zu der die Exkanzlerin im Jahre 2018 völlig zurecht – für uns Europäer insgesamt aber schon eigentümlich spät, auch ja nur katalysiert durch andere, dafür aber umso treffender – festgestellt habe: „Wir Europäer müssen ... unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen!“

Kommentierte Gegenüberstellung der Positionen und Argumentationen der Autoren aus der Sicht des Unterzeichneten (mit „Grundfragen“¹)

Europäische Ambitionen als antinationale Sackgasse oder ganz im Gegenteil ?!

Bei Dohnanyi findet sich aus Sicht des Unterzeichneten – einerseits in ausdrücklich diesbezüglichen Kapiteln, andererseits durchgängig im Subtext – eine eigentümliche positiv-negativ-konnotierte Zwiespältigkeit von mal „Nationalen Interessen“, mal „Renationalisierung“. Einmal gilt es als speziell in Europa – auch sogar kleinräumig – naheliegende, über die Jahrhunderte entwickelte Tatsache und wird da dann – quasi als gesetzt – auch gar nicht im Spannungsbogen von Schwäche und Stärke, Zersplittertheit und Einheitlichkeit diskutiert. Andererseits wird es dann – aufgrund offenkundiger Relevanz und Offensichtlichkeit – doch auch als gewisses Handicap bzgl. Durchsetzungsfähigkeit auf der Welt, in einem umfänglichen Sinne, sogar einschließlich militärischer Potenz, angesprochen. Dabei kommt dann aber auch gleich – fast ein bisschen genüsslich (?) – das Thema einer Art Quittung für jahrzehntelange Abhängigkeit von den USA und deren hegemonialer Interessen ins Spiel,

¹ Jeweils im Kasten – zuletzt als „Grundfrage zum Ausblick“

das aber wieder – ebenso naheliegend – als nach dem 2. Weltkrieg unausweichlich erklärt (aber auch das nicht ganz so!). Bei ihm eine Art Changieren also (siehe auch spätere Ausführungen).

Bei Reuter schwingt manches davon – auch quasi als banaleres ‚Allgemeinwissen‘ – mit, wird also gar nicht näher ausgewichtet. Hinsichtlich Renationalisierung dominiert ihre geradezu kommentarlose und selbstverständliche Verurteilung. Die ‚noch‘ zu verzeichnenden, nationalen Interessen sieht er allerdings an als verständliche, auch gleichsam zu studierende, mit Wissen und Sensibilität dann auch zu überwindende, letztlich aber nicht nötige bzw. störende Rahmenbedingungen eines – aus Überlebensgründen für Europa maximal zu beschleunigenden, über solche Weckrufe hoffentlich auch endlich initiierbaren – Vereinigungsprozesses aller europäischen Staaten.

Dohnanyi sieht wiederum die - von ihm beschriebene, mehr oder weniger schicksalshafte, jetzt aber ohnehin für immer maßgebliche - Schwäche Europas als schlicht uneinholbar an. Dabei schwingt – zu Anfang der Ableitung dieser Einschätzung – noch eine gewisse Wehmut über durchaus Verlorenes mit, was im Weiteren aber unbesehen doch ganz ‚entemotionalisiert‘ wird. So lässt er das Aversive dabei - das ja zunächst auch den Reflex zur eventuellen Revision dieser Schwäche auslösen könnte – gleichsam ausschleichen, mit eine Art von ‚Sowieso ganz gut‘ oder ‚... eine Sorge weniger...‘ (?). So wird auf jeden Fall dann auch kein Gedanke mehr daran verschwendet, ob der Zug zu einer militärischen Wiederermächtigung, wenn man es denn wollte, wirklich komplett abgefahren ist.

Damit das alles – so ergibt sich zumindest die Wirkung dieser argumentativen Ordnung - gar nicht erst Anlass wird, zumindest mal zu fragen, ob eine nicht ganz marginale ‚Ansammlung‘ geografisch verbundener, wirtschaftsstarker, potentiell vergleichbar bedrohter Staaten sich nicht auch militärstrategisch nachhaltiger aufstellen müsste, werden die tatsächlich extrem problematischen Fakten hierzu, die vielleicht die vertiefte Diskussion nicht nur erfordern, sondern auch dazu provozieren, erst an anderer Stelle erwähnt, wiederum primär im Zusammenhang mit den USA. Dabei geht um das tatsächlich desaströse, faktisch immer noch gültige, einzig vielleicht ‚feindlicherseits‘ glaubhafte, nur so (?) also auch furchtauslösende NATO-Konzept der „flexible response“, mit Zentraleuropa als Selbstvernichtungskriegsschauplatz im Fall einer ultimativen Eskalation.

Auch wenn dies zutrifft, es andererseits aber – wie man konkret jetzt auch, mit allen Gefahren und Risiken, im Ukrainekrieg sieht – auch nicht alles besagt und schließlich Dohnanyi selbst auch dies dann – wiederum aber an anderer Stelle – ebenfalls konzidiert, hat er damit quasi jede Selbstermächtigung Europas als absurd oder gar lächerlich (?) abgestempelt. Dies erscheint andererseits aber – etwa durch die

Beschreibung für die Welt segensreicherer Investitionen von sonst nur versenkten Geldern in den Klimaschutz - ‚weichgespült‘, auch wenn von Dohnanyi mitnichten pazifistisch argumentiert. Tendenzen der Renationalisierung aber, selbst wenn sie im Einzelfall hässlich erscheinen, verlieren so schließlich – zumindest hinsichtlich der immer befürchteten Schwächungsdynamik im Vergleich zu monolithischen Blöcken - ganz ihren Alarmcharakter, denn eine richtige Stimme in der Welt haben wir sowieso nicht! Der gleiche Topos steht also schillernd für Entmutigung und Ermutigung zugleich und stellt außerdem nochmal donnernd den Generalverdacht einer notorischen und schädlichen Überambitioniertheit der europäischen Institutionen in den Raum.

Trotz kluger Argumente aus großer politischer Erfahrung und geschichtlicher Kenntnis heraus kompiliert sich hier bei von Dohnanyi eine – so wohl beabsichtigte und vielleicht durch Aversionen überangetriebene - Abkanzelung europäischer Bemühungen und ‚Kämpfe‘, quasi sui generis, vor allem auch mittels einer – aus Sicht des Unterzeichneten zu ungeprüften - Katastrophisierung kontraproduktiver Brüsseler Vorstöße. Er hat dabei auch zu viel Verständnis für - immerhin ja nicht nur banale, eigentlich aber auch gar nicht so zahlreiche, wenn auch sicher immer sehr prominent gemachte - nationale Regelverstöße oder Obstruktionen. Dies mit dem Ergebnis, dass eigentlich nur noch eine ‚Umkehr‘ helfen könne, nicht mehr etwa nur weitere, vielleicht auch mal weniger aufgeregt herbeigeführte, beständige Korrekturen, wie sie vermutlich doch ohnehin zum Politikgeschäft gehören, manchmal ja auch in aufregenderen Sprüngen.

Ganz anders bei Reuter! Hier gibt es – fußend auf einer, mit von Dohnanyi zunächst komplett übereinstimmenden Kritik an einer gleichsam verhängnisvollen bisherigen Verkettung Europas mit den USA und ‚ihren‘ epochalen Katastrophen, aus Versagen und Vorsatz über fast schon Jahrhunderte, dann aber mit einer ihm ganz entgegengesetzten, sehr einfachen und klaren Konsequenz – ‚nur noch‘ die eine Marschrichtung, die nämlich zu einer zwingenden, also auch nicht durch zu viel gedankliche Konstruktionen in Abrede zu stellenden, Wiederermächtigung eines großen und starken, vereinigten Europas. Das solle zwar ohne Aggressivität geschehen, sondern weltweit kooperativ, aber primär den eigenen, berechtigten Interessen folgend, dabei auch ggf. gefahrlos distanzfähig bzw. wehrhaft gegenüber den aktuellen (realen oder vermeintlichen, doch aber bedrohlichen) Machtzentren Russland, China und USA gleichermaßen.

Dazu sei aber – dies wiederum haargenau wie bei von Dohnanyi - ein viel strategischerer, innovativ-industrieller Aufholprozess, bei noch im Kern vorhandener, kontinuierlich aber verkümmender europäischer Ausgangsposition, mit dem Ziel einer wieder (mit)führenden und unverzichtbaren Rolle in der Weltwirtschaft nötig. Dies dient bei Reuter aber nur untergeordnet für so etwas ‚Hehres‘ wie der Wohlfahrt in der

Welt insgesamt, etwa das partnerschaftliche, weltweite Management des Klimawandels, wie es von Dohnanyi u.a. anführt. Es geht ihm ja auch nicht vorrangig um den Aufbau einer singulären, beindruckenden, ansonsten aber harmlosen, ‚Kreativitätspower‘, die nur im Bypass auch eventuell Sicherheit schafft, weil mit ihr zu kooperieren eben allen denkbaren Machtblöcken offenkundig besser bekomme, als im Zweifelsfall das alles durch Vereinnahmungsversuche aus dem Tritt zu bringen.

Reuter reicht das nicht bzw. kommt das auch gar nicht näher in den Sinn. Für ihn ist vielmehr eine starke, auf dem Weltmarkt zukunfts-, wettbewerbs- und durchsetzungsfähige, europäische Gesamtwirtschaft sogar ganz besonders auch eine unabdingbare Voraussetzung für das Aufrechterhalten bzw. Finanzieren von weitgehender militärischer Unangreifbarkeit, eine Überlebensfrage also, mit gleichsam die Stirne bietendem, also erhobenem Kopf, wenn auch ohne Kriegsgerassel.

Grundfragen:

Muss man vielleicht den vielfach zunehmenden ‚nationenskeptischen‘ Blick vieler Proeuropäer überdenken und in Konflikten klarer die erfolgskritische Rolle von sogar zu sichernden nationalen Interessen erkennen, statt monomorph das Ideal einer Überwindung vor Auge zu haben, auch als „Preis der Freiheit“, wie Reuter sagt?

Obiges wäre zunächst losgelöst von einer späteren Grundfrage zu thematisieren (wie ambitioniert oder reduziert nämlich die Ziele des Unionsprozesses gefasst werden sollten), damit die hier im Zentrum stehende ‚innereuropäische Mentalitätsfrage‘ zur Betrachtung kommt.

Muss man sich fremd bleiben und wird sogar zum Feind, wenn man genau das nicht tut?

Stellen wir uns ein Ganzes vor, dem die Teile zu gleichgültig sind? Beweisen Kulturtreffs und Besuche wirklich eine ganz andere Wertschätzung?

Folgeschwere US-Bindung, verpasste Russlandoffenheit, kontraproduktiver China-Skepsis ?!

Unter - historisch sicher zutreffender - Bezugnahme auf die immer stärkere Anbindung Europas an die USA im Verlauf des kalten Krieges, wo auch Deutschland nach der Westbindung (leider) nicht mal den unabhängigeren Vorschlägen De Gaulles folgte, kritisiert von Dohnanyi jetzt aber vorrangig, dass es nach 1990 - jetzt sicher nicht mehr alternativlos - eine weitere Vasallenschaft Westeuropas gegeben habe.

Allerdings ist - zunächst nur zur Anmerkung, nicht aber richtungsgebend - Deutschland allein (in schlechter Abstimmung mit Europa, was aber nicht sonderlich wahrgenommen bzw. wo der eine oder andere gelegentliche Einwurf einfach überhört wurde) durchaus auch andere Wege gegangen,

etwa gegenüber Russland. Es trifft aber dennoch zu, dass sich gerade Russland Jahr für Jahr zunehmend isoliert wiederfand, es also nicht zu einer tragfähigen Kooperation zwischen Russland und Kontinentaleuropa kam und das - an sich „christlich-europäisch geprägte“ - Russland somit auch, wie Dohnanyi sagt, an die Seite von China „gedrängt“ wurde. Das wiederum habe den Interessen der USA entsprochen, weil wir somit weiter an die USA gebunden blieben.

Unabhängig davon aber, dass es andererseits tatsächlich nur die USA waren, nicht etwa die europäischen Mächte, die die Wiedervereinigung von Deutschland entscheidend unterstützten (wobei es für die damalige europäische Zurückhaltung Gründe gibt, allerdings schon damals eben aus innereuropäischem Misstrauen heraus, und andererseits die Amerikaner ganz deutlich ihre strategischen Interessen an einem noch stärkeren europäischen Brückenkopf unter ihrer Regie sahen), hätte man tatsächlich - vielleicht sogar eher noch in der Zeit zu Beginn des kalten Krieges - nach besseren Wegen suchen müssen (partiell allerdings - wieder im Alleingang - in Form der deutschen Ostpolitik dann ja doch auch geschehen), die ja vielleicht auch den Zusammenbruch des Ostblocks in anderer Form ‚moderiert‘ hätten (mit dem wiederum ja selbst die schlauesten Geheimdienste nicht rechneten, eine tröstliche Posse der Geschichte (?)).

Tatsächlich ist das aber erstens Geschichte und als solches vorbei. Zum Zweiten stellt sich dann aber auch die Frage, zu was das weiter perpetuiert werden soll. Wie nämlich von Dohnanyi wie selbstverständlich von - spätestens dann doch gegebenen - Spielräumen internationaler Politik ausgeht, nachdem sich quasi mit dem Fall des Eisernen Vorhangs die schicksalshaften Zwänge internationaler Zusammenarbeit und Feindschaft aufgelöst hatten, erscheint mir unzutreffend. In der Sowjetunion kam es doch zu einer extrem konflikthaften Transition nach der Perestroika, wo sich unvermeidbar die Möglichkeit zur Wiederbesinnung auf eigene, nationale Interessen und Unabhängigkeit in den umgebenden Sowjetrepubliken entwickelte und sich die baltischen Staaten etwa keinesfalls im destruktiven Sog einer desaströsen inneren und äußeren Struktur der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ mit Russland, an Russland gebunden und um ein, immer noch monströses Kern-Russland herum wederfinden wollten.

Natürlich sind da auch bestellte Hilferufe anzunehmen, aber nicht primär, wie ja auch jetzt nicht bei Finnland und Schweden. Natürlich gab es bei der „Ausdehnung“ der NATO – genau genommen schon doch eher ihres Anwachsens durch ‚Zulauf‘ - immer eine triumphale, amerikanische Begleitmusik, der sich dann auch die Geretteten vollmundig anschlossen. Trotzdem darf man dies nicht mit den Ursachen der ‚Isolation‘ Russlands verwechseln, auch wenn es sich gerade dort als Saga und Schuldzuweisung aufdrängt, weil die Russen sich ja gerade für sich selbst auch eine andere Entwicklung gewünscht hätten, wie das auch Gorbatschow in seinen Büchern mit oft wortreichen, gleichwohl sehr

eindrücklichen Abwägungen, oft auch hin und her, ausführt. Dass es anders kam, liegt aber nicht vorrangig an dunklen Mächten aller Art, sondern an der - schnell wieder aus dem Tiefschlaf erwachten und mit den verrotteten Strukturen verheirateten - Kleptokratie, auch wenn sicher der eine oder andere Geheimdienst ‚mitgewirkt‘ hat, wie ja auch umgekehrt!

Hier stellt von Dohnanyi eine diffuse europäische ‚Schuld‘ in den Raum, quasi an der Erzeugung eines Feindbildes „Russland“, dem dieses Land dann selbst auch - quasi nur im Nachgang - zunehmend entsprochen hat (... hat das nicht was von Sündenbockfunktion?). Somit sind wir dann auch selbst schuld bzw. müssen dann gefälligst auch ertragen, wenn jetzt - nachvollziehbarerweise - gerade die osteuropäische Staaten gegen diesen vermeintlich wieder unberechenbaren Koloss (den der Westen in Wirklichkeit aber viel öfter angegriffen hat, als umgekehrt) Panik schüren. Auch dies mutiert dann aber – sicher unbeabsichtigt bzw. im Schwung dieses Gesamtplädoyers für mehr Anerkennung nationaler Interessen und Sichtweisen - zu einem weiteren, schlagenden, nicht sinnvoll bezweifelbaren Positivbeispiel für das, was geduldet werden müsse. Auch da wird allerdings – eigentlich sogar abwegig - unterstellt, dass das überhaupt eventuell nicht geduldet werden könnte oder man sowas zumindest versuchen könnte. Es ist ja da. Die Frage ist doch nur, ob man es lässt, oder ob man sich in einem Verbund, zu dem man sich erklärt hat, zumindest darum bemüht, schrittweise eine gemeinsame Sichtweise, dann auch Strategie, letztlich dann auch entsprechende Fähigkeiten zum Selbstschutz zu generieren.

Es fällt auch auf, dass hier unversehens die Bereitschaft zum weiteren Verstehen verlangt wird. Soweit damit aber Verstehen im Sinne der Anerkennung nur bedingt eigenrussischer Verantwortung gemeint ist, ist dies – aus den bereits genannten Gründen – falsch. Das würde man allerdings sogar entkräften, wenn man sich jetzt nur auf den Ukrainekrieg stürzen würde. Das würde vielmehr auch gelten, wenn der noch nicht im Gang wäre. Den aber kann man jetzt umso weniger auch nur ansatzweise als weiteren ‚Ausrutscher, quasi eine ‚Übertreibung‘, wie zuvor vielleicht schon die Krim oder Tschetschenien, ansehen, als etwas also, was man dann irgendwie auch noch verstehen könne, auch wenn auch das verrückterweise ja stimmt, nur nicht ‚entschuldigend verstehend‘. Genauso sieht das aber im konkreten Fall jetzt – unabhängig von seinen fortdauernden grundsätzlichen Positionen - von Dohnanyi, etwa in einer Fernsehdiskussion kürzlich, der ebenfalls den heiß-kalten Krieg im Sinne einer europäisch-amerikanische Materialschlacht gegen Russland, mit Waffen, fraglich auch mit allen Sanktionen (natürlich auch mit richtig kämpfenden Ukrainern, die aber auch nur so verteidigungsfähig sind), für unvermeidbar hält. Neuen Dissenz aber, nicht nur mit ihm, vor allem aber zum Kriegssziel der Ukrainer und der vielleicht abweichenden der Unterstützer, gibt es allerdings jetzt schon, unter der Hand oder noch nur vorsichtig diskutiert.

Grundfragen:

Wie sehen und sahen wir - schon lange bzw. auch in jüngerer Vergangenheit - die Beziehung zu den USA, auch ihre Entwicklung und die Zukunft?

Wie sehen und sahen wir - schon lange bzw. auch in jüngerer Vergangenheit - die Beziehung zu Russland, auch ihre Entwicklung und die Zukunft?

Wie sehen oder sahen wir - schon lange bzw. auch in jüngerer Vergangenheit - die Beziehung zu China, auch ihre Entwicklung und die Zukunft?

Europaideologische Nebenschauplätze statt der massiven Konzentration auf Wirtschaft und Forschung ?!

Bei von Dohnanyi findet sich eine eigentümliche Diminuirung der Gründe für alle möglichen ‚Streitereien‘ in Europa, nicht gemeint dabei allerdings die bekannten und banalen Normierungsgrotesken, die die Länder in der Regel auch kurz nur mal aufregen. Es entsteht aber der Eindruck, als wäre angesichts des Überlebensinteresses von Europa – in Konzentration auf die einzig entscheidenden, von uns auch nicht mehr frei wählbaren Prioritäten (als ob es so etwas überhaupt je gab) – alles, was an Dissenz aufstößt und nicht gleich einleuchtet oder leicht lösbar ist, ein Hindernis und letztlich sogar eine Gefahr, allein schon dadurch, dass es überhaupt zur Sprache kommt, geschweige denn dass daraus Druck auf das eine oder andere Land entsteht.

So bleiben dann nur noch wenig unmittelbar prioritäre Themen, wie etwa der Klimawandel, dann auch eine – möglichst wenig eingreifende, eher nur noch entfesselnde – europäische Industriepolitik, die einer Vielfalt anderer Themen, etwa auf rechtlichem Gebiet, in der Flüchtlingspolitik und anderem gegenübergestellt werden, wo sich aus dem Gegensatz unterstellter Eindeutigkeit und Unabdingbarkeit – im Sinne der ‚Europa-Pflicht‘ (Klimaschutz, Industrie, Innovation, globaler Handel) – und der Vielschichtigkeit und Umstrittenheit aller anderen Themen – im Sinne einer ‚Europa-Kür‘ – , wie von selbst die eindeutige Zukunftsaufgabe, also die Konzentration auf das Wesentliche und die Vermeidung von Ballast, was immer das sein soll, aufdrängt.

Es stellt sich aber schon die Frage, wie entscheidend einerseits Konflikte etwa zum Minderheitenschutz nicht doch auch sind, aber andererseits auch, wieweit sie denn überhaupt getrieben, dann sogar mit Sanktionen oder Sanktionsdrohungen belegt werden oder auch belegt werden sollten. Nach meiner Kenntnis ist das bislang im Ausnahmefall ansatzweise gelungen und die Diskussion dessen, selbst wenn das in der öffentlichen Wiedergabe ohnehin wieder mal unvorteilhaft ist und eurosklerotisch erscheint, hat ja auch nicht etwa gar keinen Bezug zu dem, was wir auch als Lebensqualität mit Europa unausgesprochen verbinden und im

Zweifelsfall auch erhalten wollen ... sonst bräuchte man doch auch vor den Chinesen sowieso keine Angst mehr haben.

Andererseits gibt es aus Sicht des Unterzeichneten tatsächlich gelegentlich die gebetsmühlenartig appellative, den Sünder vom Rechtschaffenden trennende „Wertediskussion“, wo schließlich von Dohnanyi ironisch vermerkt, dass es ein fast schon selbstmörderischer Schwerpunktwechsel wäre, wenn Deutschland und Europa vorrangig nur noch Weltmeister für die Sicherung grotesker (?), individueller Rechte werden, die im Einzelnen für jedes betroffene Individuum von großer Bedeutung sein können, gesamtgesellschaftlich gesehen aber - angesichts der sonstigen Herausforderungen - insbesondere dann kontraproduktiv sind, wenn sie Kräfte blockieren und Kooperationsbereitschaft beseitigen, weil sie in immenser Kleinteiligkeit tief in die Systeme einzelner Mitgliedsstaaten intervenieren. Das seien quasi thematische Selbstläufer, die sich wohl fast zwangsläufig aus dem Perfektionsansatz einer idealistischen Europäischen Union ergebe, die die Realität nationaler Identität gegebenenfalls auch unbeabsichtigt ausblendet.

Reuter kritisiert diese Werteorientierung überhaupt nicht in vergleichbarem Sinne, also sozusagen im Sinne einer fast schon gefährlichen Ersatzhandlung, gibt ihr aber auch hinsichtlich der konkreten diesbezüglichen Auseinandersetzungen in Europa gar nicht diese Bedeutung. Er geht sozusagen nur - mit einigen, auch eher banalen, vergleichenden Bemerkung zu unterschiedlichen Menschenbildern in verschiedenen Regionen der Welt, auch dann im Unterschied zu den USA - auf diese Werte insofern ein, als genau sie ja der Grund seien für jedwede Bemühung, unsere Art des Lebens in einer eher feindlichen, jedenfalls nicht auf die Unterstützung und den Erhalt Europas tatsächlich abzielenden Welt abzusichern. Diese Werte werden von ihm aber ‚einfach‘ als gegeben unterstellt, nicht etwa auch noch Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen innerhalb Europas, und liefern eher unausgesprochen - das dann aber auch bei ihm stark - die Triebkraft dafür, dass in ganz anderen Feldern, vorrangig eben der Wirtschaft, aber eben auch dem Militär, alle Kräfte in Einheit gebündelt werden müssen. Dass hier also das eine Politikfeld mit dem anderen konkurriert, stellt sich bei ihm so nicht dar.

Dem Unterzeichneten fällt es schwer, zunächst mal überhaupt die tatsächliche Bedeutung der - fraglos ja existierenden und mit viel Aufgeregtheit verbundenen - strittigen Themen dieser Art in Europa, speziell aktuell mit Polen und Ungarn, in ihrer tatsächlichen Auswirkung, also über ihre, selbst schon uncoole Signalwirkung hinaus, zu bewerten. Außerdem weiß er nicht, wieviel Ressourcen da wirklich hineinfließen. Wenn man sich aber die unfassbaren und auch ganz unverständlichen, allerdings eben tatsächlich tagtäglich passierenden, auch kontinuierlichen Dysfunktionalitäten in der Politik generell (nicht nur da aber) vergegenwärtigt - etwa die gerade erwähnte und geduldete

jahrzehntelange Blauäugigkeit Deutschlands in Bezug auf die Gasversorgung - , so erscheint es schon möglich, dass es - angesichts der vielen Schwierigkeiten in den strategischen, gerade auch nach außen gerichteten Politikfeldern - im „Brüsseler Turm“, vielleicht ja auch im europäischen Parlament (mit seinem, zumindest ‚parlamentssubjektiv‘ prekären Status), eine Dynamik gibt, sich auch mal in softeren, dann aber umso markanter propagierten Themen, zu verhaken.

Sollte das nicht stimmen, müsste die offizielle EU das möglichst selbst stark adressieren, was aber auch eine etwas unsinnige Forderung ist, denn sie bemüht sich ja darum - vielleicht allerdings noch nicht entschieden und systematisch genug - , kann aber aus vielen grundsätzlichen Gründen hier nur begrenzten Erfolg haben. Vor allem müssen aber auch die Menschen, die sich für Europa engagieren, also auch wir, uns – gerade wenn wir hier eben noch Unsicherheiten haben - entschiedener bemühen, hierzu eine tragfähigere, nicht nur vermutende Position zu erarbeiten, die uns auch aus der Defensive holt. Mag sein, dass viele gerade in der Europaunion dies alles auch schon wissen, es aber aus - auch ganz naheliegenden - Gründen eben auch ihnen nicht gelingt, die richtigen Proportionen und Inhalte der Routinearbeit der europäischen Institutionen nachhaltiger bekannt zu machen, sogar auch uns gegenüber . Hier klagen ja auch viele Europapolitiker über die mangelnde Präsenz in den Medien, wobei man es da natürlich mit einem tatsächlich kaum lösbaren Problem zu tun, denn die taktgebenden nationalen Strukturen sind natürlich - einerseits zurecht, andererseits dadurch für's entlastende Brüsselbashing umso privilegierender – das Hauptobjekt nationaler Berichterstattung.

Wie man Europa präsenter machen kann, ist jahrzehntelange Kärrnerarbeit vieler verdienter, aktiver Europäer, gerade auch in der Europaunion, gerade auch hier in Heilbronn. Es wäre aber dennoch nochmals zu fragen, wie man im Sinne einer europäischen ‚Zeitenwende‘, die auch wir hinlegen müssen, als Betroffener und engagierter Bürger mehr dafür tun kann, dass Europa auch in der Alltagswelt mit mehr Routine vorkommt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass dieses Europa - da gibt es auch immer wieder mal, etwa im Politbarometer, entsprechende Hinweise, gilt aber wohl nicht nur für Deutschland - ‚im Hinterkopf der Menschen‘, also eher unmerklich, durchaus ‚geschätzt‘ wird, sowieso zwar nicht mit der Fahne vor Augen die rechte Hand zum Herzen führt, im Detail eben auch gar nicht richtig verstanden wird – wobei die Amerikaner über ihr Land noch weniger wissen - , gleichwohl aber doch ‚gewusst‘ wird als eine existenzsichernde Rückfallposition, auf der zwar viele nach Belieben rumhacken, die man gerne auch in bitterer Selbstironie - angesichts der tollen Kerle sonst noch in der Welt - als Schwächling verlacht, letztlich aber gerade an diese bittere, oft eigene Häme so dann selbst nicht glaubt. Irgendwie paradox! Was tun?

Grundfragen:

Gibt es eine Dominanz des ‚edlen Denkens und Fühlens‘ bei Vernachlässigung wesentlicher materialer Grundlagen, vielleicht ja auch nur bei manchen von uns?

Wollen wir insofern vielleicht auch für die ganze Welt in eigentümlich ambitionierter, aber anmaßender Weise pädagogisch wirken? Besteht umgekehrt vielleicht aber auch die Gefahr des Verzichts auf weniger ‚robuste‘, kulturell aber vielleicht sogar essentielle Aspekte der Europäisierung unseres Lebens, um nicht vor uns selbst, aber auch vor anderen unter den Verdacht des Träumerei zu fallen?

Wie kann man das steuern, wie kann man sich da sicherer werden?

Ist das eine wichtige Frage, die man sich stellen sollte, selbst wenn man sie nicht beantworten kann?

Ist es vielleicht auch wichtig, regelmäßig – wie etwa auch Psychotherapeuten dies im Rahmen von Supervision machen – in Selbstbeobachtung, Selbsterleben und Selbstreflexion zurückzutreten von dem unmittelbaren ‚Drinstecken‘ im ständig aufregenden, einhellig aus Sicht beider Autoren, schicksalsentscheidenden Prozess?

Entfesselung resp. Befreiung von Strukturen und Abläufen nötig - oder schon da?!

Aus meiner Sicht hat von Dohnanyi in vielen Beispielen für europäische Fehler, die er aufführt, viele Argumente auf seiner Seite: mit großer Verve ja insbesondere bzgl. der fragwürdiger Interventionen gegen einzelstaatliche Industrieförderung oder nur bilaterale Kooperationen etwa (siehe z.B. die seinerzeit besonders gelungene deutsch-französische, eben nicht alleuropäische, Airbusgründung). Das häufige Gegenteil heutzutage passiere eben, weil formal im innereuropäischen Abgleich die Rechte aller gewahrt, möglichst viele auch beteiligt werden sollen, wodurch im globalen Wettbewerb dann aber Flexibilität und Finanzierung geostrategischer Projekte – in einer Welt konkurrierender, sich auch unterhalb von Waffengewalt durchaus ‚bekämpfender‘ Wirtschaftsblöcke – um hehrer Grundsätze willen torpediert würden (siehe etwa die abgelehnte Fusion Alstom-Siemens).

Hier oder auch anderswo könnten nach Einschätzung des Unterzeichneten ja tatsächlich Befugnisse – über die Rechtsschiene oder sonstige Rahmenregelungen – zu nivellierend ausgelegt sein, als es der realen Funktionsweise von Wirtschaft, Wissenschaft und Produktionskosten in den unterschiedlichen Ländern der EU entspräche.

Nach von Dohnanyi kann das ein zusätzlicher Quell der Renationalisierung sein. Durch die Globalisierung würden ja alle Staaten bereits entscheidend hinsichtlich Produktionsweise, Arbeitsmarkt, Einkommensverteilung und sozialer Sicherheitsvorkehrungen von den Wettbewerbsbedingungen des

Weltmarkts abhängen. Deshalb müssten sie in der Lage sein, ihren Auftrag zu erfüllen, ihre Bevölkerung hier bestmöglich nationenspezifisch zu schützen. Wenn hier Europa nun nationale Notwendigkeiten unterschätzt, etwa mit zu viel Freizügigkeit der Arbeit, Umwelt- und Sozialstandards, entstehe durch die EU-Mitgliedschaft selbst paradoxerweise ein Hyperglobalisierungseffekt, mit dem einzigen Ausweg für diese Länder, sich etwa durch Obstruktion auf ganz anderen, gerade anhängigen Politikfeldern Freiräume abzupressen, oder aber als angeschlagener Souverän dem eigenen Volk nur suboptimal helfen, dafür aber umso mehr die EU bashen zu können, zum Teil dann auch mit Recht (?).

Hier kann es aus Sicht des Unterzeichneten ‚Unwuchten‘ geben – vermutlich sogar ganz unvermeidlich – , denn es soll ja einerseits langfristig zu Ausgleichen kommen, dies andererseits immer aber bei – idealtypisch gar nicht, allenfalls aber nur erträglicher und erkennbar nur vorübergehend belasteter – Wettbewerbsfähigkeit der Einzelstaaten und der Union. Dies gilt ja auch fürs erforderliche Aufholen von Verpasstem, was ja leider schlagend die Beobachtung von Dohnanyi bestätigt, dass es hier wohl tatsächlich erhebliche Fehlsteuerungen oder fehlende Steuerung gab und gibt.

Ob für alle Defizite eine grundsätzliche Fehlkonstruktion oder Fehlfunktion der EU zu unterstellen ist, muss andererseits – speziell für den Nichtspezialisten, also auch uns – offenbleiben, denn es sind sicher auch viel nationale Versagensdynamiken entscheidend oder mitentscheidend, die die EU vielleicht sogar – aufgrund mangelnder Durchsetzungskräfte oder einer, letztlich sogar blickverstellenden Eben-Doch-Zurückhaltung, obwohl vielleicht mal Durchsetzung nötig gewesen wäre – nicht korrigieren konnte: etwa die – nunmehr ja zutage getretene, wenn man so will abenteuerliche, andererseits aber keineswegs verborgen gebliebene – deutsche Nachlässigkeit gegenüber dem Erhalt von Schlüsselindustrien in den Bereichen regenerativer Energien, bloß weil wir an der Pipelinenadel von Putin hingen und uns über die problematische Programmierung von Windrädern durch die Produzenten in China keinen Kopf machten.

Jetzt erst wird richtig publik, wie sehr dies durchaus jahrelang von der europäischen Kommission, wie auch vielen Mitgliedsländern, gesehen, beim Gas und Nordstream II ja auch bekanntermaßen stark kritisiert wurde, mit beeindruckend unbeeindruckendem Effekt! Dies wirklich ‚bloß‘ deshalb weil Deutschland im Bezugsrahmen eben groß ist? Hallo, was ist das denn an Signal, gegenüber den kleineren und auch den Staaten, die auch ‚eigene‘ Wege gehen wollen, denen dann wohl nur das Kreischen und Obstruieren bleibt?

Andererseits scheint die Wahrnehmung von Handlungsdruck, notwendigen Kurswechseln, überhaupt auch tatsächlicher Wechselwirkungen politischer

Entscheidungen und ganzer Strategien – offensichtlich auch erschreckend häufig trotz hochkarätiger Beratungsstäbe etc., sicher aber auch nicht einfach infolge banaler Interessenspolitik oder gar Verschwörung (wer glaubt denn das Angela Merkel persönlich von Putin gekauft wurde?) - selbst auf höchster Ebene banalpsychologisch von „Umständen“ abzuhängen, sozusagen von unsichtbaren Randbedingungen des Draufschauens (nicht nur also beim Unkundigen oder gar Verrückten, sondern ggf. bei ausgewiesenen Fachleuten und überall und bei bestem Bemühen!).

Somit weiß man häufig erst nachträglich, was bei rückwärtiger Betrachtung eigentlich schon zum gegebenen Zeitpunkt sonnenklar war bzw. hätte sein müssen. Wenn das sogar streckenweise unvermeidlich ist - wie es ja scheint, weil es immer wieder passiert ist - , wäre es doch umso wichtiger, Erfahrungen in einem schicksalsmäßig zusammengehörigen, größeren Raum zu bewerten und - selbstverständlich nur über den Weg des Konsenses, weil es anders ja gar nicht geht - zu einem größeren, diskursiven Kompetenzzentrum zusammenzuwachsen, innerhalb dessen dann jede Nation weiter eigene Wege gehen kann, nicht aber der Vorteil des einen (quasi im System so angelegt) genau der Nachteil des anderen sein kann, man sich also wechselseitig auch weiter austricksen will und dann ja auch muss. Dass aber mehr Durchblick auch geht - wir Europäer also nicht vorrangig nur etwa Strukturen brauchen, die uns vor unvermeidlichen Fehlerfluten besser schützen, sondern auch lernende, kundige und schlagkräftige sind - scheinen uns doch immer wieder die anderen wirtschaftlichen Machtzentren der Welt leider auch zu zeigen, die eben dabei sind, uns sukzessive zu disqualifizieren und von sich abhängig zu machen.

Die potentiell positive bzw. zu optimierende Facette eines eben lernenden, substantiellen, nicht nur sich tunlichst zurückziehenden Europas ventiliert von Dohnanyi aber gar nicht, wobei er das sicher auf Nachfrage dennoch zumindest theoretisch konzедieren würde, durch den Verzicht auf die adaequat platzierte Diskussion dessen aber - im Ergebnis eben - als Argument schlicht annulliert. Das muss aber falsch sein, denn ‚blöder von Natur aus‘ sind wir ja auch nicht.

Reuter beschreibt dagegen fast enthusiastisch, wie im zusammenwachsenden Staatenbund, perspektivisch Bundesstaat, die Länder wechselseitig, egal ob groß oder klein, durch Instrumente wie Eurobonds usw. - bei verbindlichen Regeln, denen sich alle zunächst mal nur vertraglich unterziehen - vor Friktionen des Weltmarkts gerade geschützt, nicht etwa zusätzlich belastet werden können. Da müssten dann die Netto-Zahler keine endlosen Überforderung fürchten, sondern bekämen schon recht kurzfristig durch die - unionsweit nicht eingebrochene - Prosperität, weiter zunehmende Kaufkraft und Investitionsfähigkeit, weiter wachsende Marktchancen ‚zurück‘, sicher auch ohne großartige Verpflichtungserklärungen der Netto-Empfänger.

Diese wiederum können (und müssen) sich - mit ebenfalls guter Entwicklungsperspektive, weil ja auch strukturelle Probleme der Fehlallokation von Ressourcen in gewachsenen ‚Länderroutinen‘ flankiert, korrigiert und zunehmend vieles im Land dann auch nicht weiter von interessierten Kreisen dort torpediert werden kann – für die damit verbundenen (fallbezogenen, nicht also ewigen) Konditionierungen freier entscheiden: im Rahmen von Regelungen, die bereits etabliert sind, auch mit unionsweit verbindlichen Ansprüchen, wo auch nicht erst dann so richtig ‚eingedost‘ wird.

Reuters Position ist hier also „Mehr Europa“, wobei auch von Dohnanyi – im Zusammenhang der Vermeidung negativer Effekte, weniger der Evozierung positiver aber – dann dennoch sogar noch ‚unkonditioniertere‘ Formen einer Querfinanzierung, etwa nach dem Modell des bundesdeutschen Länderfinanzausgleichs, zur Sprache bringt, was dann ja – rein vom gemeinten Argument her - besonders gut auch zu seinem Verbot der vermeintlichen Gängelung der Nationalstaaten passt. Diese Ausführungen gehören bei ihm aber auch nicht zu Vorschlägen für eine weiterzuentwickelnde EU, sondern firmieren nur als vielleicht denkbar, im ‚gegebenen‘ Europa, das erstmal nach innen abrüsten müsse, aber quasi reine Theorie. Diese faktische Rollenzuweisung für ein Argument im Gesamttext eines Autors ist allerdings ggf. sekundär oder sogar unbedeutend, wenn dieses in der Sache selbst schon wesentlich ist.

Hier gibt es aber eine eklatante Inkonsistenz, denn dieses Instrument setzt in seiner Konzeption ja gerade die – von Dohnanyi ausdrücklich bestrittene - Mindestvergleichbarkeit der Landeshaushaltsaufstellungen in - mehr oder weniger vergleichbar oder vergleichbar unterstellten - leistungsfähigen Ländern voraus. Nur so ist das für die Nettozahler (sowieso immer nur bedingt) akzeptabel, was eben heißt, dass sie sich - ja auch der Verfassung entsprechend - tatsächlich einer sehr engen Zusammengehörigkeit mit allen anderen bewusst sind. Dies ist aber auch nicht vom Himmel gefallen, verhindert darüber hinaus sowieso nicht (muss und kann es auch gar nicht) Auseinandersetzungen, die dann aber - wegen des verbindlichen Rahmens – in Verhandlungen über den Verteilungsschlüssel immer bzw. zwingend zu einem ‚gütlichen‘ Abschluss kommen. Es ist somit aber widersinnig, dieses Instrument einerseits als Ersatz für das Gängeln unterschiedlicher und selbstbewusster Nationalstaaten zu positionieren, andererseits nicht auszusprechen, dass gerade dann deren Eigenständigkeit im Sinne faktischer Zusammengehörigkeit zumindest entschärft werden muss. Tatsächlich kann man meines Erachtens das Konzept des Länderfinanzausgleichs in der BRD gut – aber genau nur dafür - heranziehen, schrittweise eben Europa in eine bundesstaatsähnliche Verfassung zu bringen!

Somit ergeben sich also aus der - im Gesamtduktus durchgängig europakritischen, in der Sache vielfach aber sehr überlegten – Darstellung von Dohnanyi wichtige Perspektiven, die sogar für ein noch viel

‚verfassteres‘ Europa sprechen könnte. Es stellt sich dann aber die Frage, wie verlässlich man selbst nun - vielleicht ja nur weil man sich das so sehr wünscht - dieses Argument eines erfahrenen Europakenners ihm sozusagen hinsichtlich seiner Stoßrichtung entreißen kann. Aus Sicht des Unterzeichneten spricht allerdings tatsächlich sehr viel dafür, dass von Dohnanyi – für seine Maßstäbe eben – über Jahrzehnte eine gleichsam alles klarmachende miserable Lösungskompetenz im gesamten europäischen Prozess wahrgenommen hat, sehr viele - Stimmung und Kooperationsbereitschaft der Länder stark belastende - Irritationen, dadurch auch wichtige Entwicklungen ausgebremst oder stark verzögert wurden und darin folglich eklatante europäische Defizite begründet sind. So kann er schlicht an Europa nicht mehr glauben und sieht in vielen Friktionen schnell weitere Stufen der Beweiskette von Dysfunktionalität und einem im Grundsatz falschen – oder heillos vermässelten – Geflecht von Ambitionen.

Er übersieht dabei aber u.a., dass es durchaus Fortschritte gab – mit Ergebnissen, die anders nicht hätte erzielt werden können, etwa der Euro mit Kohäsionskräften zwischen Nationen, die sonst wieder viel weiter auseinander wären - , und dass auch die von ihm benannten Fehler durchaus bedacht wurden, etwa im Weißbuch der EU-Kommission von 2018/19, wo die sich daraus ergebenden Verhandlungen eben auch jenseits der spektakulären Streitereien weitergehen. Es ist doch evident, dass nur so - auch ohne auf dem Weg dahin zu viel Kompromissdruck zu entfalten - auch für Europa eventuell vergleichbare Strukturen etabliert werden können, wie beispielsweise im bundesrepublikanischen Länderfinanzausgleich, der allen Ländern so oder so Gewinn und selbstbestimmte Möglichkeiten der Weiterentwicklung im größeren Rahmen bringt, die sie sich alleine gar nicht schaffen könnten. Da sich aber auch ein offensichtlich ausgewiesener Skeptiker dies wünscht, ist das also gerade auch ein Weg, den man nicht nicht kann.

Auch bei von Dohnanyi wird dies dann sogar konkret – ja nicht nur, um das Verlorene, Verpasste oder Nichterreichbare nochmal vor Augen zu führen - , mit einer Reminiszenz nämlich an alte politische Konzepte, und zwar den Äußerungen von De Gaulle schon Anfang der 50-er Jahre, der zwar vom Europa der Nationen sprach, aber auch davon, dass aus Konföderation auch gut Föderation werden könne.

Grundfragen:

Gibt es nicht tatsächlich eine erhebliche industriepolitische und wirtschaftspolitische Dysfunktionalität in Europa, denn beide Autoren beklagen dies deutlich? ... Dies zunächst nur ‚ergebnisorientiert‘ gefragt, also unabhängig von der Frage, ob durch ein Zuviel oder gar ein Zuwenig Europa?

Ist nicht offenkundig, dass unklar oder nicht koordinierte, nationale und/oder europäische Strategien uns bzw. die Länder Europas in vielen Bereichen von Schlüsseltechnologien, Innovationen usw. ins Hintertreffen gebracht haben?

Gibt es eine Möglichkeit, dieses Problem zu adressieren, ohne gleichsam ‚vorneweg‘ die Frage von Nationenautonomie versus europäischer Zentralisierung beantwortet zu haben?

Gibt es also vielleicht sogar freiere, dennoch für ein stärkeres Europa entwicklungsöffnende Wege, eine evtl. tatsächlich zu regelbasierte Exekution europäischer Entscheidungen hier – vielleicht gerade weil so komplex und so konflikträchtig – wieder zurückzufahren?

Wird in diesem Bereich vielleicht, zur Vermeidung von Konflikten und nach Lobbying aller Länder, zu viel nach einem - jeweils alle entnervenden, jedem dann etwas zuschanzenden, am Ende also ruhigstellenden – Prozess zu oft falsch entschieden?

Ist es evtl. so, dass Verantwortliche in der Wirtschaft dann gerade nicht mehr genug gehört werden – aus Angst vor Lobbying vielleicht – und so dann sogar gezwungen werden, als Konzerne ihr Fortkommen außerhalb Europas zu suchen?

Muss und wie kann die EU umgekehrt vielleicht sogar dafür sorgen, dass vergleichbare, kontraproduktive Effekte von - gerade nicht ausreichend koordinierten bzw. im europäischen Kontext priorisierten - nationalen Strategie vermieden werden?

Gäbe es eventuell neue Möglichkeiten, um mit mehr Durchlässigkeit einerseits eine Starrheit im Überbau, aber auch zu allein gelassene, evtl. dann auch zu schwach oder ‚fremdabhängig‘ bleibende nationale Alleingänge, die der Union und der einzelne Nation schaden, zu vermeiden?

Wie ist aus dieser Sicht auch die übergeordnete Thematik der „Eurobonds“ bzw. einer Transferunion o.ä. zu verstehen, die ja auch die Leistungsfähigkeit eines Landes in der europäischen Union in einer Krise, die das Land oder alle betrifft, erhalten soll, damit auch hier perspektivisch weiter eine aktive, wohlstandssichernde und zukunftsfähige Wirtschaftstätigkeit entfaltet werden kann?

Alles nur eine Frage der Perspektive oder gibt es doch zu viel Gleichschaltungskampf anstelle abgestufter Integrationstiefen ?!

Insgesamt ist zu fragen, ob vieles, was uns in Europa aufstößt und unglücklich macht, vielleicht doch sogar ‚funktionierende‘ Prozesse und Auseinandersetzungen sind, schwierig zwar, unattraktiv, aber unvermeidlich, ja auch unsere Kultur und gemeinsame Suche nach einem gemeinsamen Weg repräsentierend. Vielleicht sind sie ja auch in nichts anders als die - ebenfalls oft ätzenden - Debatten und Konflikte im je nationalen Parlament, das ja auch funktioniert, auch wenn wir mit vielem unzufrieden sind und manches nicht mehr verstehen können. Vielleicht ist der Unterschied ja nur, dass die meisten von uns da einfach gar nicht mehr so viel Wut und Frustration erleben wie hier, wo es als „mal wieder komplettes Versagen“ unserer – halt leider noch nicht ins Werk gesetzten– „Europahoffnung“ doppelt schmerzt.

Oder sind es doch – was von Dohnanyi ja sagt - substantielle und auch existenzielle Defizite, zumal ja tatsächlich nachhaltige Konflikte mit Mitgliedsstaaten als solche schon darauf verweisen, dass es vielleicht doch tiefergehende Mängel in der gesamten Konstruktion, in der Balance zwischen Zugehörigkeit und Eigenständigkeit gibt, die tatsächlich - auch

nicht durch nächtelange Sitzungen - nachhaltig geheilt werden können, selbst wenn dies dann doch mal wieder zu aktueller Befriedung führte. Während es also im eigenen Staatswesen quasi kein mentales Ausweichen gibt, man also in alternativloser Zugehörigkeit auf seine politischen Vertreter mehr oder weniger deutlich eindringt, dass sie Lösungen finden, stellt sich in Europa - aufgrund seines fortdauernden Projektcharakters, auch vielleicht der ständigen Betonung der Wichtigkeit weiterer Fortschritte in der gesamten Union - immer auch die Frage nach der Tauglichkeit der Konstruktion.

Deshalb erscheint es mir überlegenswert - gerade wenn man sich im Sinne einer Entwicklungsprospektion für jedes infrage kommende Land möglichst zügig sogar noch ausdehnen will, wie zuletzt Bundeskanzler Scholz trotz aller Schwierigkeiten nochmal betonte - , zwar hinsichtlich der vielschichtigen und wichtigen Beitrittskriterien weiterhin keine Abstriche zu machen, dann aber - wie von Dohnanyi dies auch vorschlägt - in der Koordination des Funktionierens der Ländern in sich selbst seitens Brüssel zurückhaltender zu werden, ihnen vielmehr - bei großer Transparenz hinsichtlich Vergabe und Korruptionsvermeidung - im Rahmen eines europaweiten Finanzausgleichs eben Mittel zur eigenen nationalen Verausgabung zu geben, dafür aber über die Handelspolitik hinaus auch die Verteidigungs- und Außenpolitik viel konsequenter zu bündeln. Auch dies zwar weiter mit dem Prinzip der Einstimmigkeit, nicht nur weil man souveräne Staaten speziell in einer Union nicht erpressen oder zu etwas zwingen kann und darf, sondern auch weil die ‚unnötigen‘ Anreize zur Obstruktion - im Zuge einer harmonischeren, mehr Selbstständigkeit zulassenden Konstruktion - wegfallen dürften.

Außerdem wäre aber sowieso - wie Juncker das ja auch noch vor zwei Jahren in dem Weißbuch zur Weiterentwicklung der Europäischen Union als eine von fünf Varianten beschrieben und selbst präferiert hat - ein „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ denkbar, wobei in den oben genannten koordinierten Politikfeldern ja nur im Ausnahmefall, allenfalls bei dem einen oder anderen Staat, mit einer diesbezüglichen ‚Abkopplung‘ durch die anderen zu rechnen wäre. Hier würde sich dann im Einzelfall auch schließlich - bleibt ein Staat dabei - für diesen die schon bedrohliche Frage nach seiner weiteren Integration stellen, wobei auch das Instrument des Ausschlusses eines Mitgliedsstaates diskutiert werden müsste, ohne reale Aussichten, aber doch maximalem Signalcharakter (möglicherweise gäbe es in einem solchen Fall ja die Variante einer immer unbedeutenderen, formal zwar weiteren Zugehörigkeit, wie es Vergleichbares, aber ohne formale Implikationen, ja bereits mit ehemaligen Kandidaten oder Vorkandidaten gibt, etwa der Türkei, oder auch im Commonwealth).

Parallel kann und sollte man vielleicht schrittweise Politikfelder identifizieren, wo - einstimmig zwar - ab dann aber doch die qualifizierte Mehrheitsentscheidung mit bindender Wirkung eingeführt wird:

Politikfelder eben, wo für alle Staaten insbesondere als doch überwiegender Vorteil wahrgenommen wird, dass gerade bei großer Komplexität die Union schneller einheitlich reagieren kann, wie jetzt ja wohl schon weitreichend in der Handelspolitik. Wenn das nach guter Vorbereitung und ohne zu viel Druck so passierte, dann ist unwahrscheinlich, dass irgendein Land – das ja immerhin seine Souveränität durch Rechteübertragung einschränkt – dies vorhersehbar häufig wegen unbequemer Entscheidungen oder vermeintlicher Benachteiligungen wieder bereut. Dies wäre durchaus ein – allerdings solider, weniger bedrängender und nicht nur von einigen ideologisch präferierter – Weg zu einer faktisch „ever closer union“, mit immer wieder für das eine oder andere Land auch anfallenden, aber verdaulichen Zu- und Abschlägen. Dass das dann aber wirklich dauerhaft und in jedem Mitgliedsland – in sicher oft nur knapper Übertönung aller damit verbundenen, weiteren ‚Streitereien‘ – positiv konnotiert bleibt, würde ebenfalls den fallbezogenen Einsatz von finanziellen Ausgleichsmechanismen verlangen, auch damit evtl. unvermeidbare Benachteiligungen in der Sache nicht zur ‚europäisierenden Verwässerung‘ eben dieser Sache führen.

Auch das gibt es aber auch schon in Europa (egal jetzt mal wie häufig), im Zuge des Green Deals etwa, wo viel verhandelt wird – etwa das Aus der Kohleverstromung irgendwann auch in Polen - und man dann eben auch immer an der Grenze steht, mehr oder weniger harte Verhandlungsstrategien eines beteiligten Landes als illegitime Selbstbedienungsversuch aus den Töpfen Europas zu verstehen, während es vielleicht doch wirklich ‚nur‘ um die Schaffung von Ausgleich und Nachteilsvermeidung geht, die andernfalls kritische Belastungen auch hinsichtlich des Commitments der Bevölkerung betreffen kann. Da haben wir dann als Bürger in jedem Land am Ende eine große Unsicherheit und man fragt sich, muss das so sein, können „die“ nicht besser kommunizieren (bis hin zum Stossgebet, dass sie sich doch netter miteinander geben sollten, als sie es gerade sind, und der dann aber prompten Rücknahme dieses Gebets, weil man dann denkt, dass sie das ja viel zu oft schon tun ...).

Dass in den Mitgliedländern aber – wie von Dohnanyi nachhaltig gegen den Eurozentrismus anmerkt, während Reuter hier nur eine sich auf dem Wege zu Staatenbund und Bundesstaat von selbst erledigende Mentalitätsthematik sieht – reale Teilhabemöglichkeiten des Bürgers vorlägen, die weit über dem stünden, was je mit Europa verbunden werden kann, scheint mir überbewertet, wenn auch verfassungslogisch zutreffend. Dies ist natürlich alles eine Frage der Subsidiarität, so dass regional wichtige Fragen der täglichen Politik möglichst auch regional entschieden werden sollten, möglicherweise auch mit mehr innereuropäischer Kooperation der Regionen. Viele Menschen finden sich heute aber auch in den eigenen Ländern – nachdem dieses Partizipationsthema bzw. dieser Ansatz ohnehin heute viel mehr Raum

einnimmt als früher - nicht mehr repräsentiert, merken ja vielleicht auch gerade, wie wenig - fast schon reziprok zum ganzen Gerede darüber - das an sie rangequasselte Teilhabepalaver der Wirklichkeit entspricht. Innenpolitik und Rechtspolitik mögen noch stärker landesbezogen diskutierbar sein – weshalb ja gerade auch hier ‚Fremdeingriffe‘ so allergisch beantwortet, von manchen aber auch herbeigesehnt werden - , während in der Sozialpolitik, Verteidigungspolitik und Außenpolitik etwa auch die nationalen Akteure schnell entschuldigend die Außenfaktoren anklagen, ja auch nicht zu unrecht. Gäbe es nicht die EU, wäre es alles andere, Feinde vielleicht sogar, die man anschuldigt. Das ist kein Trost für die EU, sollte sie aber zumindest in der Diskussion doch das eine oder andere Mal davor schützen, dass das oft falsch Gefühlte ihr auch noch als Tatsächlichkeit aufgebürdet wird.

Das alles kann ja sinnvoll sowieso nicht in der Weise berücksichtigt werden, dass man auf internationale Zusammenhänge, auch europäische, verzichtet – zumal die Länder sie ja auch selbst suchen und suchten - , sondern es muss ständig der jeweils historisch gebotene und erträgliche Kompromiss zwischen Freiheit der Teile, bzw. gut durchlässigen Strukturen, und übergeordneter Verbindlichkeit im Ganzen nicht nur gefunden, sondern dann auch - da kann man aber nur appellieren - solidarisch und mutig in die jeweils nationale Öffentlichkeit getragen werden. Je mehr es der Gemeinschaft bzw. den einzelnen Staaten miteinander, auch über wechselseitiges Geben und Nehmen, gelingt, dass alle - auch in einer Krise – zumindest noch gerade sozial stabil bleiben, umso mehr gelingt es schließlich auch jenen Politikern, die diese positive Seite forciert aussprechen bzw. nicht verschweigen, mit zwar meist nicht komfortablen, doch aber ausreichenden Mehrheiten wiedergewählt zu werden.

Nicht nur die nationalen und europäischen Funktionsträger können hier positive wie negative Effekte auslösen, sondern wir Bürger Europas selbst müssen – im Zuge einer immer weniger nur erschüttert zuschauenden, sondern immer mehr nachhaltig richtigstellenden, geduldigen, aber auch hörbaren Öffentlichkeitsarbeit, gerade auch bei nationalen Wahlkämpfe, intervenieren (wie vor einigen Jahren in Holland vor allem europaweit seitens „Pulse of Europe“, als Wilders bedrohlich in den Startlöchern hockte). Das ist natürlich insbesondere dann ‚europavital‘, wenn sich die Offiziellen gar nicht äußern dürfen, bei nationalen Parlamentswahlen eben!

Grundfragen:

Eventuell ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten schaffen?

Eventuell dann sogar in konsentierbaren Feldern mehr Entscheidungen durch qualifizierte Mehrheit bei gleichzeitig - kompensatorisch (?) - mehr nationaler Gestaltungsfreiheit nach innen, auch für wirtschaftliche Entscheidung?

Finanzausgleich für hierdurch sich vorübergehend ergebende Benachteiligungen einzelner Länder, bei gleichzeitig fehlendem Erpressungspotenzial angesichts fehlenden Kooperationszwangs?

Eventuell zu schaffende Möglichkeit eines faktischen Ausschlusses ... könnte hierzu Bedarf bestehen ... könnte dies ein heilsame, nicht aber kujonierende, Aufforderung zum Mindestmaß an Eingliederung seien und wie könnte so etwa verfahrenstechnisch aussehen?

Könnte sowas auch in der Gesamtwahrnehmung in und von Europa mehr Transparenz schaffen und auch unnötigen Frustrationen, vor allem auf Basis einer falschen Extrapolation vom Erscheinungsbild auf die tatsächliche Substanz, vorbeugen?

„Europäische Standards“ als Mitbürger unseren Mitbürgern positiv vermitteln ?!

Dass es sich hier um einen Prozess handelt, der die Bürger selbst dazu auffordert bzw. darauf setzt, dass sie eigene Irritationen ‚nach vorne hin‘ zu mehr Gewissheit und Sicherheit für sich selbst auflösen, beschreibt Edzard Reuter sehr deutlich. In der Perspektive von Klaus von Dohnanyi kommt dagegen interessanterweise ein Bürgerengagement für Europa gar nicht vor. Der demokratisch einbezogene Bürger wird für ihn - den sicherlich weit verbreiteten Vorurteilen, auch tatsächlichen Wahrnehmungen entsprechend - eher nur auf den Nationalstaat verwiesen. Die nähere Bedeutung des europäischen Parlaments wird übrigens bei beiden Autoren überhaupt nicht näher berührt.

Das ist interessant - auch für uns selbst - und sicherlich kein Zufall, denn hier stellt sich tatsächlich die Frage bzw. sind Zweifel angebracht, inwiefern und ob das - oft so beschworene - demokratische, nach innen dann auch ‚wirksame‘ Prinzip, dass also jeder wahlberechtigte Bürger dadurch im politischen Prozess in Europa bereits repräsentiert ist, der Wirklichkeit entspricht. Dies ist aber genau auch die eigentümliche Dynamik Europas, dass vieles eben tatsächlich noch nicht so ist, wie es vielleicht auch schon institutionell sich abbildet, vielleicht auch schon in den gängigen Bezeichnungen sich niederschlägt, immer wieder aber auch nochmal erheblich relativiert werden kann, als solches vielleicht auch für manche Friktionen sorgt, ohne dass bei der Sache dann tatsächlich was rumkommt, dennoch aber - hier eben das Parlament - quasi in einer Mischung aus Anspruch und Realität als wesentliche demokratische Säule ‚schon am Platz‘ ist, also auch nicht mehr weggedacht werden kann.

Viele Einschätzungen von uns Bürgern zur Frage, wie geeignet oder ungeeignet europäische Prozesse und Abläufe wirklich sind, sind - im Gegensatz zu politischen Ergebnissen und Beschlüssen, auch auf europäischer Ebene - nur sehr vage. Jeder merkt das für sich selbst und wer das merkt, ist damit auch unzufrieden. Dies ist aber gar keine Spezifität Europas, wo man etwa eine besondere Intransparenz genau

dieser Strukturen beklagen könnte, auch wenn viele von uns in der Tat auch schon die formalen Strukturen nicht ausreichend gut kennen. Bei genauer Betrachtung ist das aber ein Handikap unserer gesamten politischen Kultur bzw. Komplexität, worüber es viele Theorien gibt, was schon mal beweist, dass es keine einfache Lösung gibt. Man hat dann selbst auch schnell den bedrohlichen Eindruck, dass gerade deshalb viele - vielleicht noch anders als man selbst, mit ja fortgesetzter Sympathie - Europa schon ganz abgeschrieben hätten. Auch das ist eine nur subjektive, bedrohliche Vermutung, wo es einem dann - auch als Schutz vor dem eigenen Defätismus - auch mal gut tut, von Studien zu hören und sie zumindest im Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen, die da den Druck rausnehmen.

In irgendeiner Shellstudie der letzten Jahre wurde meines Wissens etwa ermittelt, dass die jüngeren Bürger in viel größeren Anteilen - obwohl sie u.a. einen anderen Modus des Sichinformierens verfolgen - gerade nicht etwa naiver, auch nicht uninformierter, dennoch zuversichtlicher bzw. weniger lamentierend durch die Welt gehen, auch durch Europa! Kann also gut sein, dass sie über den ganze Eurozirkus eher lachen, auch unserer Diskussionen hier jetzt vielfach nicht groß ernst nehmen, gar nicht eben so angstvoll hadern, dennoch oder sogar gerade deshalb aber mitnichten weniger angemessen zu all diesen Dingen stehen als die Älteren oder gar „die Engagierten“ ... die dafür ja vielleicht auch Zeit haben ... und dann bezüglich Europa auch immer schnell noch mit der Klamotte kommen, dass nur so auch neue Kriege vermieden wurden, auf was - als weiter beherrschende Vermeidungsmotivation - sich Jüngere für ihre Zukunft ohnehin nicht einlassen wollen. Nach dem Motto: das hat ja auch geklappt, schön, aber bitte keinen Dauerbrenner draus machen!

Und wenn wir dann häufig auch sehr pauschal - eben auch verzweifelt, das muss man uns zugutehalten - mangelnde Information der Bevölkerung beklagen, stellt sich doch die Frage, ob da wirklich nichts passiert und wie die das denn überhaupt auch garantiert werden soll. Gerade die Europa-Union etwa unternimmt doch viel, um grundlegenden Vorurteilen zu begegnen, etwa dem maximaler Verschwendung im administrativen „Wasserkopf Brüssel“, wo man ja „nur mal“ die Gebäude und die Organigramme anschauen müsss (... was ja häufig nur böswilliger Quatsch ist, aber passt, obwohl der Verwaltungsaufwand in der EU wohl allenfalls vergleichbar ist mit einer deutschen Landeshauptstadt).

Bei allem hängt es ja auch davon ab, ob man sich überhaupt schon mal Gedanken dazu gemacht hat, wie man sich tatsächlich informieren kann, speziell wenn einen die - etwa abends unaufgefordert ins Haus flimmernden - Informationen unruhig zurücklassen. Deutschland verfügt aber - wie viele andere europäische Länder - auch über viele öffentlich-rechtliche Formate, in denen das - tagesaktuell zwingend ja noch gar nicht vertieft kommentierte - Geschehen kritischer hinterfragt wird und

der primär unvermeidliche „Vorführcharakter“ der in sich zerstrittenen Politik überwunden wird.

Dass es in einigen Mitgliedsländern – inzwischen nicht mehr nur osteuropäischen - massive Eingriffe ins Pressewesen gibt, vor allem mit der Privilegierung regierungsfreundlicher, nicht immer schon der widerrechtlichen Ausschaltung regierungskritischer Medien und Sender, darf aber umso weniger ein Grund sein, hier um jeden Preis „Provokationen“ zu vermeiden, indem man etwa auf europäischer Ebene ganz besonders ‚verständnisvoll‘ mit diesen Ländern umgeht, in der Sache dann auch verwässert. Die klarbleibende Kante - nicht um ihrer selbst willen, in der Sache auch nicht überziehend, vielmehr korrekt, aber unbeirrt - ist aber deshalb nicht nur „okay“, sondern zwingend, weil sehr nationale oder nationalistische Kreise ein solches Entgegenkommen nie goutieren bzw. das vielmehr noch mehr Wasser auf ihre Mühlen spült, indem sie bei ihrer Bevölkerung umso mehr posen, wie sie Brüssel mal wieder ‚eingemacht‘ haben.

Das alles ist zwar extrem bedauerlich, aber nicht zu ändern, kann vorrangig nicht etwa auf der Ebene von Stil oder Zurückhaltung, die natürlich auch wichtig sind und bleiben, geheilt werden, sondern nur langfristig über eine - gegebenenfalls dann eben auch in vorübergehend verkleinertem Kreis fortgesetzte - europäische Politik. Diese würde dann ja auch nicht deshalb weiter in diese Richtung gehen, weil man sich an Idealen beglückt, sondern aus unverändert substantiellen Gründen (auch wenn man sich gerade deshalb dann auch in der Zusammengehörigkeit natürlich zunehmend besser fühlt ... das muss erlaubt sein!).

Es muss jedem klar sein, dass die politischen Funktionsträger, vor allem auch die der einzelnen Mitgliedstaaten – tunlichst natürlich ohne das ganze Konstrukt zur Disposition zu stellen, wie das gerade unsere frühere Kanzlerin in schwierigsten Konflikten immer beachtet hat, uns dann aber oft auch mit der Sehnsucht nach mehr Gestik stehen ließ – in den vielschichtigen, substantiellen, nie also primär interessenkonformen Vorgängen, zu denen genau sie ja dann auch von den Journalisten gefragt werden, vorrangig die Position, die sie für unser Land eingenommen haben, vertreten müssen. Es geht ja um was, wo sie also eine Entscheidung präferieren, also müssen sie für diese auch werben und die jeweils andere kritisieren.

Das stört selbstverständlich immer den Wunsch nach Geklärtheit und Zielstrebigkeit, nach dem ‚Alle-ziehen-an-einem-Strang‘, ist aber eine unabdingbare und konstitutive Konstante menschlichen und gesellschaftlichen Lebens, speziell in komplex organisierten Strukturen. Das fordert uns Bürgern in einer Demokratie oder in der Union demokratischer Staaten eben einfach ab, nicht all das zu verunglimpfen, was häufig genug dann ja doch zu dem einen Strang, an dem alle ziehen, geworden ist. Wer das nicht will und kann, braucht und kriegt den ‚guten

Diktator`, wo dann aber immer irgendwann alles ‚abschmiert`, weil der fehlende Ausgleich durch die adäquate Repräsentation aller involvierten Interessen Schritt für Schritt zu immer mehr Ausgrenzungen führt, immer mehr Feindbilder innen und außen entstehen und die Restkohäsion schließlich in der Katastrophe verglüht.

Unsere eigene europabürgerliche Zeitenwende ?!

Eine „Zeitenwende“ für uns, evtl. etwas engagiertere und besorgtere, europäische Bürger und Aktivisten, könnte deshalb vielleicht auch darin bestehen, dass man sich selbst – bei zunehmender persönlicher Unsicherheit, trotz angemessener Bemühung um Informiertheit, gerade auch in Krisenzeiten – forciert daran erinnert, dass wir ja nicht die ganze Zeit schon in der realen Katastrophe leben, eine solche außerdem aber - als Quittung etwa für schreckliche, primär vermeidbarer Versäumnisse - angesichts fehlender Hinweise auf komplette Verantwortungslosigkeit, Dilletantismus oder gar Käuflichkeit selbst ungeliebter Europapolitiker, wohl doch nicht unmittelbar vor der Tür steht.

Vielleicht müssen wir ein bisschen mehr – wo wir doch angeblich Europa so lieben und brauchen – genau dieses Europa vor der Verunglimpfung und Lächerlichmachung durch uns selbst (und andere) schützen, denn man kann ja schon logischerweise nicht ernsthaft einem Gebilde anhaltend Erwartungen und Hoffnungen entgegenbringen, wenn dieses seit Jahrzehnten nur beweist, dass es dem nicht im Mindesten entspricht. Der Unterzeichnete mahnt sich an dieser Stelle selbst, immer wieder daran zu denken, dass er oft genug nach heftigem, stillen und lautem, Europabashing dann doch einen zweiten Blick auf die Realität wirft, um auch einer eigenen ‚alternativpopulistischen` Spirale zu entgehen.

Die Abgrenzung aber, wann man Alarm schlagen muss, und wann noch nicht, fällt im Einzelfall schwer, was umgekehrt auch nicht zu duldemem, trotteligem, oder sich vielleicht sogar cool vorkommendem ‚Deutschmicheltum` führen darf. Macht man sich aber klar, dass ein Alarm immer mit Sorge um das Bedrohte selbst kompatibel sein muss, sich also nicht auch noch destruktiv gegen dieses richten darf, wird deutlich, dass wir in der Mentalität der Kritik mehr Solidarität auch mit allen Europaverantwortlichen haben sollten, selbst mit denen, die - in einer uns möglicherweise primär nicht transparenten oder zustimmungsfähigen Weise – auch nationale Interessen vertreten. Wer gegen hate-speech im Netz ist, sollte vielleicht auch in diesem - so schwierigen und konflikthanfälligen – Kräftefeld abrüsten. Solche Gelassenheit könnte auch - über geheimnisvolle Wege (☺) - stilbildend zu einer unhektischen Unwankbarkeit unserer EU in der allgemeinen politischen Wahrnehmung führen. Diese innere Verfassung ist schon deshalb alternativlos, weil es ja auch ‚draußen` gar keine Alternative gibt, keine Alternative zu Europa, damit aber auch zu genau dem Europa, wie wir es nicht anders haben!

Europa besteht - und entwickelt sich weiter - aus der Ochsentour von Abgleich, Auseinandersetzung und letztendlich mehr oder weniger dulddender Konsentierung, immer mühselig also, fast wie das richtige Leben. Man zeige mir aber mal das viel attraktivere, sicher also weniger mühselige und viel einträglichere „Projekt USA“, unter der Decke noch nur brodelnd vielleicht auch China, von Russland ganz zu schweigen! Gerade weil wir aber, auch wegen dieser gefährlichen und gefährdeten, gigantischen Pseudomonolithen, keine Zeit mehr zu verlieren haben, dürfen wir in Zukunft unsere Forderungen – möglichst hörbar, nachhaltig, weniger verzaqt, im Rahmen der Europaunion und zusammen mit anderen – nur noch in grundsätzlicher Sympathie mit dem Gegebenen, als gemeinsam errungen, und immer wieder auch der Unzufriedenheit mit dem Gegebenen, als nicht ausreichend, ausschließlich aber mit beiden Aspekte gleichzeitig und gleichberechtigt - in die Öffentlichkeit tragen.

Das europäische Projekt und sein Zwischenstand muss/soll/sollte durch aktive Bürger - parallel zu den Grundsatzreden der offiziellen Politik, die bei notorischer Skepsis der Angesprochenen leider oft nur als „Werbeblock“ durchlaufen, obwohl sie essentiell sind - als überlebenswichtiger Schatz in den Ländern Europas propagiert werde: eine Errungenschaft, die man sich tatsächlich noch weiter erringen muss.

Europa einfach als stark und wehrhaft propagieren ?!

Da kann und muss natürlich auch Frieden - auch in der ganzen Welt - eine große Rolle spielen. Nicht aber so, dass wir Europäer dafür quasi - als die inzwischen geborenen Wehrlosen, Schwachen, Lieben und Doofen, zu spät halt erst wach Gewordenen – exakt darin plötzlich die ‚neue Stärke‘ entdecken (oder eingepiffen kriegen) und uns von vornherein davon verabschieden, gegebenenfalls auch mit machtvollerer Geste, notfalls auch Gewalt, gegen die, die wir zwar nicht angreifen, denen wir aber Appetit auf uns machen, zu wehren.

Hier fühlt sich der Unterzeichnete vom Duktus von Edzard Reuter schon deutlich mehr angesprochen: nicht unbedingt sehr differenzierend, doch aber viel zukunftsentschiedener, nach vorne fordernd, aber nicht aggressiv. Da wird nicht - wie im durchlaufenden Subtext bei von Dohnanyi – Europas ‚notwendige Wehrlosigkeit‘ Schritt für Schritt nachgewiesen, also auch kein Dispens für eine Perspektive weiterer Prosperität gerade und nur durch die fortgeschriebene ‚Friedensdividende‘ erteilt (bis zum bitteren Ende etwa, an dem wir allerdings ggf. laut von Dohnanyi dann sowieso nichts hätten ändern könnten).

Selbst wenn Europa noch nicht sehr weit ist - deshalb aber aus Sicht von Dohnanyis eine zusätzliche Schwächung durch Renationalisierung sowieso kein Punkt mehr ist - wirkt diese Argumentation auch schon deshalb

konstruiert, weil auch der einzelne, würdige Mensch schlicht so nicht ‚tickt‘ (und es muss ja schließlich eine Politik sein, die den Menschen auch einleuchtet, die sie sich also zu eigen machen können). Soweit von Dohnanyi nicht eigentlich auch noch davor warnen möchte, dass man die ‚Mächtigen‘ bloß nicht erst provozieren darf, kann man dem darüber hinaus auch - mit allerdings fatalistischer, dennoch zutreffender Logik - entgegenhalten, dass im Zweifelsfall eben erst im Zweifelsfall all das bewiesen werden könnte. Somit kann es bis dahin nicht richtig sein, alles verloren zu geben, bzw. wenn man das nicht tun will, genau das auch nicht falsch.

Wenn dann vorausseilend auch noch die Alternative aufgemacht wird, ob man im Zweifelsfall nicht besser Geld in Wissenschaft und Wirtschaft stopft, zumal Europa viel verschlafen hat, statt ins Militär - während gerade die anderen Blöcke, vor allem die USA und China, sowohl im Militär, als auch in den anderen wichtigen Feldern reüssieren - , wird nicht mal mehr diskutiert, warum das denn bei uns ein „Entweder-oder“ sein soll, statt das - fraglos widerliche, in dieser Welt aber wahrscheinlich noch über Jahrhunderte unvermeidliche, und so woanders ja auch machbare - „Sowohl-als-auch“.

Dies wurde ja auch durch den Ukrainekrieg plötzlich sehr aktuell, ohne dass hierdurch schon gegenüber der Argumentation von Dohnanyi retrospektiver Triumph angebracht wäre, zumal er selbst hier - unter anderen etwa bei Lanz im Fernsehgespräch, aber auch telefonisch mir gegenüber - zwar keine Änderung seiner Grundpositionen, die durch diesen Krieg ja gar nicht widerlegt seien, durchaus aber die Notwendigkeit zur unmittelbaren Reaktion des Westens konzedierte, für mich innerhalb seiner Logik auch schlüssig. Da scheint dann aber auch - schrecklich, aber erfreulich genug - in Europa doch einiges zu gehen, auch nicht mehr nur anderweitig dominiert. Sicherlich alles wieder mit den klassischen Ärgerlichkeiten des Anfangs, wobei die nicht komplett entfesselte Begeisterung sicher auch angebracht war, auch wenn jeder Tag Krieg, den man nicht gleich durch verfügbare Waffen abkürzen kann, ein Tag zu viel ist.

Sollte aber der Eindruck dieses - unter Druck dann doch noch funktionierenden - Europas doch nicht der ganzen Wahrheit entsprechen, so ist ganz sicher ja auch nicht das Gegenteil die ganze Wahrheit. Also sollten wir das dann - getreu unserer eigenen „Zeitenwende“, weil ja die Richtung schon mal stimmt - ‚intern‘ zwar weiter kritisch diskutieren und uns darüber austauschen, es aber im Gesamtfeeling und gegenüber der Öffentlichkeit legitimerweise ‚stabilkampagnen‘, mit dem Hinweis eben, dass es noch mehr werden muss!

Grundfragen:

Muss man nicht und wie kann man gegebenenfalls die unvermeidlich prekäre Position Europas im nationalen Öffentlichkeitsbild/Pressealltag verbessern bzw. im Prozess, also kontinuierlich klarmachen?

Braucht man mehr Solidarität mit unseren Europavertretern bzw. welche gute Gründe gibt es dafür?

Sollte man Europakritikern besser nicht so viel Zustimmung und Verständnis signalisieren, bloß um mit ihnen ins Gespräch zu kommen, weil man dabei das eigenen Anliegen disqualifiziert?

Wie kann man als Teil der eigenen Lebensroutine mehr Aktivitäten für Europa generieren, ohne über Gebühr zum Aktivisten zu mutieren?

Wo und wie kann man also die eigenen Kräfte am sinnvollsten einsetzen, auch so, dass man das durchhalten kann?

Wie kann man vermeiden, dass man durch das eigene Engagement - und dem damit persönlich gezahlten „Preis der Freiheit“ - nicht schon in eine kontraproduktive Vorwurfshaltung gegenüber dem anzusprechenden Mitbürger gerät, weil dieser nicht informiert oder eben nicht enthusiastisch genug ist?

Ist es nötig, dem Wunsch nach Sicherheit aller Menschen mehr als bisher zu entsprechen, indem man etwa auch die - sich gerade ein Stückweit beweisenden Fähigkeiten der EU zu Stärke, nicht nur verzagtem Hoffen - pointiert hervorhebt, damit auch die EU für - zwar nicht aggressive, aber auch nicht eminent pazifistische - Menschen attraktiv macht?



Zum Ausblick:

Was ist gut an der EU? Was fehlt noch? Wie ist es zu schaffen, speziell in Zeiten der krisenhaften Zuspitzung? Was ist schlecht an der EU? Wie ist das zu beseitigen? Und wie ist das

nachfolgende zusammenfassende Statement

des Unterzeichneten – nach seiner Lektüre und Kommentierung der beiden europapolitischen Veröffentlichungen – zu bewerten:

Klaus von Dohnanyi geht davon aus, dass Europa nur dann eine gute Zukunft hat, wenn die Nationalstaaten in Europa weniger bevormundet werden, also kein Vereinheitlichungsdruck mehr ihre Spielräume reduziert, damit sie die Herausforderungen der Globalisierung im Interesse ihrer Bevölkerungen in eigener Verantwortung bewältigen können. Nur wenn, angesichts des bereits massiven Nachholbedarfs, in der zukunfts-kritischen Wirtschafts- und Industriepolitik nationale - bzw. von den Einzelstaaten

auch selbstbestimmte, inner- und außereuropäisch ggf. internationale - Aktivitäten nicht mehr behindert werden, könnte dauerhaft noch der Wohlstand gesichert werden. Außerdem verlange dies eine - moralisch abzurüstende - Handelspolitik mit der ganzen Welt. Angesichts der Bildung neuer Machtzentren sei inzwischen, wie eigentlich schon immer, die militärische Absicherung Europas auch geographisch noch unmöglicher geworden. Insgesamt fordert von Dohnanyi für Europa keine wesentlichen Veränderungen, etwa auch ‚Rückbauten‘ sondern lediglich die entschiedene Selbstbescheidung bzw. Einstellung weiterer Versuche zu mehr verfasster Einheit, dazu konkret auch die Beibehaltung des Prinzips der Einstimmigkeit.

Edzard Reuter sieht dagegen die Notwendigkeit und Möglichkeit, zwar unter Berücksichtigung nationaler - nicht aber eherner - Besonderheiten, dennoch schrittweise eine Vereinigung Europas in allen Politikfeldern zu erreichen. Dies sei nicht nur rational - in der Welt, wie sie ist - unwiderlegbar, viele Menschen ahnten auch selbst schon, dass das weitere Zusammenrücken für unsere Fähigkeit, weiter so zu leben, wie wir wollen, entscheidend sein wird. Die Vorteile des immer engeren Europa würden zunehmend auch - wenn auch nur langsam oder „zu langsam“ - für die Menschen konkreter, weil bereits verbindliche innereuropäisch-zwischenstaatliche Regeln und Instrumente eingeführt wurden, die den Ländern - mit allen Friktionen - nachhaltig halfen. Dieser Weg gehe sicher weiter, müsse aber beschleunigt werden, deshalb der „Weckruf“.

Falsch an von Dohnanyis Position ist vor allem die Verabsolutierung der Tatsache, dass natürlich immer noch der jeweils eigene Staat die zentrale Projektionsfläche für Erwartungen und Enttäuschungen der Menschen in Bezug auf ihre Lebensbedingungen ist. Deshalb mag vieles - gerade auch in Bezug auf die Frage von Demokratie in diesem Prozess - ‚gefühlte‘ so stimmen. Genau dies ist aber für die - hier so sensibel in ihrem Druck ‚verstandenen‘ - nationalen Regierungen ein geeigneter Hebel, sodass man zumindest - will man sich nicht nur mit der Wahrnehmungsweise von Staatsbürgern befassen, die bekanntermaßen ja auch gefährlich und falsch sein kann - mit diesem nationalen Argument, als einem zur ‚ganzen‘ Sache, differenzierter umgehen muss. Mittels dieses instrumentalisierbaren Unterschieds nämlich - zwischen (nüchterner) Gesamtlage und (biegsamer) Propaganda - wird die EU ohnehin und gänzlich unverschuldet zum Sündenbock. So wird eben nach Belieben in manchen Mitgliedstaaten verschwiegen, wie sehr die EU gerade nicht nur Zuchtmeister ist, sondern auch Zahlmeister, für viele Länder so dann auch die Globalisierung gerade nicht ver-, sondern entschärft.

Ein - nicht zu unterschätzendes - Problem bei all diesen Unerfreulichkeiten ist aber auch, dass wir selbst uns daran schon zu sehr gewöhnt haben, sogar mit dem Verständnis, dass ein führender nationale Politiker, bei notorisch ja konstantem Problemdruck, sowas in seiner politischen Arena doch quasi so machen muss (?). Wenn das partiell so ist - wie es ja auch scheint -, so wäre es doch umso dringlicher, dass auch

Europa (die Institutionen und wir Bürger) mehr Souveränität entwickelt, wir also nicht mit geballter Faust in der Tasche mutlos werden, sondern genau dies – unirritiert und vorübergehend sogar mit noch mehr Konfrontation – zur Sprache bringen. Im Diskurs der delikaten Beziehung von Nationalstaat und Union darf man nicht einfach – wie Dohnanyi es tut – diesen in seiner Existenz wohlbegründeten, nicht ‚überflüssigen‘ Konflikt selbst einfach eliminieren, indem man den einen Pol annulliert (bloß weil das bei diesem Pol – noch – möglich scheint, beim anderen aber nicht!). Natürlich vermittelt noch mehr Streiten zum Einen durchaus den fatalen Eindruck von noch mehr Stillstand, zum Anderen aber doch auch die Entschlossenheit zu mehr Wirklichkeit. Das kann außerdem auch keine ‚wertvollen‘ Reste an Kooperationsbereitschaft zerstören, sondern gebietet vielmehr allen Versuchen erpresserischer Kooperationsgestik Einhalt.

Auch solche Nationen wissen im Grunde (auf der Basis, die die EU bereits errungen hat) , dass sie - gleichsam in ringsum tosender See - mit den anderen in eben diesem „einen Boot“ sitzen. Vielleicht müssen wir alle deshalb geduldiger und ungeduldiger zugleich werden, also lauter und selbstgewisser darauf hinweisen, dass die Orbans und Kaczynskis hinter (zurecht) verschlossenen Türen dann eben ‚zurückgeholt‘ werden müssen und auch schon werden. Dies nicht nur, indem ihnen wiederholt vor Augen geführt wird, dass sie auch viel kriegen, sondern dass sie gerade deshalb den Bogen der Einseitigkeit zuhause und vor den Kameras auch nicht überspannen dürfen (man spürt ja auch manchmal - nachdem diese Türen dann eben wieder aufgehen und sie vor die Presse treten – wie solche Nationalhelden zwar trotzig einen grandiosen Sieg hochhalten, diesen am Ende zurecht aber doch in sehr gebremsten Schaum einwickeln).

Wer deshalb – wie von Dohnanyi – zurecht über Friktionen dieser Art in Europa spricht, darf nationalpopulistischen Manövern oder ihrer bloßen Eventualität nicht auf den Leim gehen, auch wenn eine kluge Europapolitik nationale Gegebenheiten und Empfindlichkeiten natürlich immer berücksichtigen muss. Sie muss sich aber nicht per se jeden Aufschrei dort selbst ankleiden. Zurecht wies Bundeskanzler Scholz deshalb in diesem Zusammenhang kürzlich auch darauf hin, dass - gemäß regelmäßiger Erhebungen - eine große Mehrheit der Menschen, auch in den aktuell besonders kritischen osteuropäischen Staaten, die weitere Integration wünscht und dabei auch die Stärke der Union nicht nur als irrealer Hoffnung, sondern als bereits jetzt wichtige Absicherung der eigene Zukunft empfindet.

Große Teile dieser Bevölkerungen wählen ja auch konstant proeuropäisch, zu viele „eigentliche Europasymphisanten“ dann aber - im Höhepunkt allesübertönender nationaler Richtungskämpfe - doch ‚nochmal‘ die vermeintliche Stärke. Dies sicher auch im Glaube und der Hoffnung, dass ihr Land so schnell noch nicht die böse Quittung kriegt, was zwar dumm ist, bis auf Weiteres aber auch zutrifft, soweit ein Mitglied ja nicht nur obstruiert, also auch weiter ‚gebraucht‘ wird!.

Das Aushalten dieser Spannung aber und das Gegenhalten europäischer Power muss ‚allmählich‘ – auch im Selbstbewusstsein von uns Bürgern – zum unverzichtbaren, ggf. auch Aufregungen einpreisenden Markenzeichen des institutionalisierten Europa werden. Konflikte dürfen nie gesucht, aber auch nicht um jeden Preis vermieden werden, auch nicht aus Angst vor Rückschritten im Einigungsprozess. Das kann theoretisch zwar auch mal passieren, die europäische Union fußt aber nicht nur auf guter Stimmung, sondern auf einer Eigendynamik in den Mitgliedsländern selbst, die dann schon auch von selbst korrigiert, was ‚too much‘ wird.

Diese Eigendynamik würde dann aber gerade durch einen Verlust an Schärfe und Linie Schaden nehmen. Ein nicht konditionierender Konsensualismus kann nur schaden, selbst wenn wir manchmal fürchten müssen, dass in Europa alles nicht schnell genug geht, uns die globalen Probleme überrollen und man uns deshalb ‚draußen‘ ja auch gerne mal wieder als ‚Gurkentruppe‘ verlacht ... weil wieder einer von uns ganz besonders auf den Putz gehauen hat.

Nichts aber, außer substantielle Einheit, die wir zukünftig noch pointierter als bisher vertiefen müssen, hilft weiter: im Notfall auch mit Sanktionierungen bzw. Ausschließungen, auch wenn das technisch im Einzelfall vielleicht nur noch durch die Einschließung aller anderen ginge. Wenn all das aber – menetekelhafterweise – am Ende quasi nicht rechtzeitig gelungen sein würde, dann – so die entspannende Binsenwahrheit – ging's halt nicht anders (der Planet würde auch das verkraften)! Keinesfalls sollten wir uns aber schon jetzt davor in Horror versetzen lassen, vor allem also keine – schon jetzt ja zum Scheitern verurteilte – Leisetreterei fortsetzen oder gar wiedereinführen.

Hier hat von Dohnanyi – ganz anders als Reuter, auch wenn dieser über weite Strecken sehr pathetisch formuliert – eine gefährliche Unschärfe bzw. vertritt die fatale Hauptforderung zur Selbstrücknahme eines angeblich übersteigerten Eurozentrismus, macht dann aber dennoch – allerdings eigentümlich nachgeordnet – einige kluge Vorschläge für ein europäische Zukunft, die u.a. auf eine ‚Transferunion‘ und zwingend sogar ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten verweisen.

Der Ukrainekrieg liefert ‚lediglich‘ eine neue, sehr lange so nicht mehr dagewesene, dramatische Begründung, warum diese guten, zumindest auf unserem Kontinent (durch eigenes Zutun möglichst bald wieder) unkriegerischen Zukunftsaussichten nun auch von uns Bürgern selbst – in einer mentalen und motivationalen „Zeitenwende“ – mit entschlossener Einseitigkeit auf die europäische Tagesordnung gesetzt werden müssen. Dies ist ein Rigorismus, was als solches viele Menschen gerade in Deutschland zu recht nicht lieben, hier aber zu Unrecht, weil es niemanden bedroht.

Machen wir uns also viele kluge Sachargumente von Klaus von Dohnanyi zu eigen, hören wir aber mehr auf den Weckruf von Edzard Reuter und anderen!

W. Heipertz, Heidelberg, September 2022

ANHANG ZUM EVENTUELLEN AUSDRUCK: :

Hertensteiner Gespräche, Heilbronn, 17.9.2022

Überschriften und Grundfragen ...

Kommentierte Gegenüberstellung der Positionen und Argumentationen der Autoren aus der Sicht des Unterzeichneten

Europäische Ambitionen als antinationale Sackgasse oder ganz im Gegenteil?!

Muss man vielleicht den vielfach zunehmenden ‚nationenskeptischen‘ Blick vieler Proeuropäer überdenken und in Konflikten klarer die erfolgskritische Rolle von sogar zu sichernden nationalen Interessen erkennen, statt monomorph das Ideal einer Überwindung vor Auge zu haben, auch als „Preis der Freiheit“, wie Reuter sagt?

Obiges wäre zunächst losgelöst von einer späteren Grundfrage zu thematisieren (wie ambitioniert oder reduziert nämlich die Ziele des Unionsprozesses gefasst werden sollten), damit die hier im Zentrum stehende ‚innereuropäische Mentalitätsfrage‘ zur Betrachtung kommt.

Muss man sich fremd bleiben und wird sogar zum Feind, wenn man genau das nicht tut?

Stellen wir uns ein Ganzes vor, dem die Teile zu gleichgültig sind? Beweisen Kulturtreffs und Besuche wirklich eine ganz andere Wertschätzung?

Folgeschwere US-Bindung, verpasste Russlandoffenheit, kontraproduktiver China-Skepsis ?!

Wie sehen und sahen wir - schon lange bzw. auch in jüngerer Vergangenheit - die Beziehung zu den USA, auch ihre Entwicklung und die Zukunft?

Wie sehen und sahen wir - schon lange bzw. auch in jüngerer Vergangenheit - die Beziehung zu Russland, auch ihre Entwicklung und die Zukunft?

Wie sehen oder sahen wir - schon lange bzw. auch in jüngerer Vergangenheit - die Beziehung zu China, auch ihre Entwicklung und die Zukunft?

Europaideologische Nebenschauplätze statt der massiven Konzentration auf Wirtschaft und Forschung ?!

Gibt es eine Dominanz des ‚edlen Denkens und Fühlens‘ bei Vernachlässigung wesentlicher materialer Grundlagen, vielleicht ja auch nur bei manchen von uns?

Wollen wir insofern vielleicht auch für die ganze Welt in eigentümlich ambitionierter, aber anmaßender Weise pädagogisch wirken? Besteht umgekehrt vielleicht aber auch die Gefahr des Verzichts auf weniger ‚robuste‘, kulturell aber vielleicht sogar essentielle Aspekte der Europäisierung unseres Lebens, um nicht vor uns selbst, aber auch vor anderen unter den Verdacht des Träumerei zu fallen?

Wie kann man das steuern, wie kann man sich da sicherer werden?

Ist das eine wichtige Frage, die man sich stellen sollte, selbst wenn man sie nicht beantworten kann?

Ist es vielleicht auch wichtig, regelmäßig – wie etwa auch Psychotherapeuten dies im Rahmen von Supervision machen - in Selbstbeobachtung, Selbsterleben und Selbstreflexion zurückzutreten von dem unmittelbaren ‚Drinstecken‘ im ständig aufregenden, einhellig aus Sicht beider Autoren, schicksalsentscheidenden Prozess?

Entfesselung resp. Befreiung von Strukturen und Abläufen nötig - oder schon da?!

Gibt es nicht tatsächlich eine erhebliche industriepolitische und wirtschaftspolitische Dysfunktionalität in Europa, denn beide Autoren beklagen dies deutlich? ... Dies zunächst nur ‚ergebnisorientiert‘ gefragt, also unabhängig von der Frage, ob durch ein Zuviel oder gar ein Zuwenig Europa?

Ist nicht offenkundig, dass unklar oder nicht koordinierte, nationale und/oder europäische Strategien uns bzw. die Länder Europas in vielen Bereichen von Schlüsseltechnologien, Innovationen usw. ins Hintertreffen gebracht haben?

Gibt es eine Möglichkeit, dieses Problem zu adressieren, ohne gleichsam ‚vornweg‘ die Frage von Nationenautonomie versus europäischer Zentralisierung beantwortet zu haben?

Gibt es also vielleicht sogar freiere, dennoch für ein stärkeres Europa entwicklungs offene Wege, eine evtl. tatsächlich zu regelbasierte Exekution europäischer Entscheidungen hier – vielleicht gerade weil so komplex und so konflikträchtig – wieder zurückzufahren?

Wird in diesem Bereich vielleicht, zur Vermeidung von Konflikten und nach Lobbying aller Länder, zu viel nach einem - jeweils alle entnervenden, jedem dann etwas zuschanzenden, am Ende also ruhigstellenden – Prozess zu oft falsch entschieden?

Ist es evtl. so, dass Verantwortliche in der Wirtschaft dann gerade nicht mehr genug gehört werden – aus Angst vor Lobbying vielleicht – und so dann sogar gezwungen werden, als Konzerne ihr Fortkommen außerhalb Europas zu suchen?

Muss und wie kann die EU umgekehrt vielleicht sogar dafür sorgen, dass vergleichbare, kontraproduktive Effekte von - gerade nicht ausreichend koordinierten bzw. im europäischen Kontext priorisierten - nationalen Strategie vermieden werden?

Gäbe es eventuell neue Möglichkeiten, um mit mehr Durchlässigkeit einerseits eine Starrheit im Überbau, aber auch zu allein gelassene, evtl. dann auch zu schwach oder ‚fremdabhängig‘ bleibende nationale Alleingänge, die der Union und der einzelne Nation schaden, zu vermeiden?

Wie ist aus dieser Sicht auch die übergeordnete Thematik der „Eurobonds“ bzw. einer Transferunion o.ä. zu verstehen, die ja auch die Leistungsfähigkeit eines Landes in der europäischen Union in einer Krise, die das Land oder alle betrifft, erhalten soll, damit auch hier perspektivisch weiter eine aktive, wohlstandssichernde und zukunftsfähige Wirtschaftstätigkeit entfaltet werden kann?

Alles nur eine Frage der Perspektive oder gibt es doch zu viel Gleichschaltungskampf anstelle abgestufter Integrationstiefen ?!

Eventuell ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten schaffen?

Eventuell dann sogar in konsentierbaren Feldern mehr Entscheidungen durch qualifizierte Mehrheit bei gleichzeitig - kompensatorisch (?) - mehr nationaler Gestaltungsfreiheit nach innen, auch für wirtschaftliche Entscheidung?

Finanzausgleich für hierdurch sich vorübergehend ergebende Benachteiligungen einzelner Länder, bei gleichzeitig fehlendem Erpressungspotenzial angesichts fehlenden Kooperationszwangs?

Eventuell zu schaffende Möglichkeit eines faktischen Ausschlusses ... könnte hierzu Bedarf bestehen ... könnte dies ein heilsame, nicht aber kujonierende, Aufforderung zum Mindestmaß an Eingliederung seien und wie könnte so etwa verfahrenstechnisch aussehen?

Könnte sowas auch in der Gesamtwahrnehmung in und von Europa mehr Transparenz schaffen und auch unnötigen Frustrationen, vor allem auf Basis einer falschen Extrapolation vom Erscheinungsbild auf die tatsächliche Substanz, vorbeugen?

Europäische Standards als Mitbürger unseren Mitbürgern positiv vermitteln ?!

Unsere eigene europabürgerliche Zeitenwende ?!

Europa einfach als stark und wehrhaft propagieren ?!

Muss man nicht und wie kann man gegebenenfalls die unvermeidlich prekäre Position Europas im nationalen Öffentlichkeitsbild/Pressealltag verbessern bzw. im Prozess, also kontinuierlich klarmachen?

Braucht man mehr Solidarität mit unseren Europavertretern bzw. welche gute Gründe gibt es dafür?

Sollte man Europakritikern besser nicht so viel Zustimmung und Verständnis signalisieren, bloß um mit ihnen ins Gespräch zu kommen, weil man dabei das eigenen Anliegen disqualifiziert?

Wie kann man als Teil der eigenen Lebensroutine mehr Aktivitäten für Europa generieren, ohne über Gebühr zum Aktivisten zu mutieren?

Wo und wie kann man also die eigenen Kräfte am sinnvollsten einsetzen, auch so, dass man das durchhalten kann?

Wie kann man vermeiden, dass man durch das eigene Engagement - und dem damit persönlich gezahlten „Preis der Freiheit“ - nicht schon in eine kontraproduktive Vorwurfshaltung gegenüber dem anzusprechenden Mitbürger gerät, weil dieser nicht informiert oder eben nicht enthusiastisch genug ist?

Ist es nötig, dem Wunsch nach Sicherheit aller Menschen mehr als bisher zu entsprechen, indem man etwa auch die - sich gerade ein Stückweit beweisenden Fähigkeiten der EU zu Stärke, nicht nur verzagtem Hoffen - pointiert hervorhebt, damit

auch die EU für – zwar nicht aggressive, aber auch nicht eminent pazifistische – Menschen attraktiv macht?



Zum Ausblick:

Was ist gut an der EU? Was fehlt noch? Wie ist es zu schaffen, speziell in Zeiten der krisenhaften Zuspitzung? Was ist schlecht an der EU? Wie ist das zu beseitigen? Und wie ist das

nachfolgende zusammenfassende Statement

... des Unterzeichneten – nach seiner Lektüre und Kommentierung der beiden Veröffentlichungen – zu bewerten:

Klaus von Dohnanyi geht davon aus, dass Europa nur dann eine gute Zukunft hat, wenn die Nationalstaaten in Europa weniger bevormundet werden, also kein Vereinheitlichungsdruck mehr ihre Spielräume reduziert, damit sie die Herausforderungen der Globalisierung im Interesse ihrer Bevölkerungen in eigener Verantwortung bewältigen können. Nur wenn, angesichts des bereits massiven Nachholbedarfs, in der zukunfts-kritischen Wirtschafts- und Industriepolitik nationale - bzw. von den Einzelstaaten auch selbstbestimmte, inner- und außereuropäisch ggf. internationale - Aktivitäten nicht mehr behindert werden, könnte dauerhaft noch der Wohlstand gesichert werden. Außerdem verlange dies eine - moralisch abzurüstende - Handelspolitik mit der ganzen Welt. Angesichts der Bildung neuer Machtzentren sei inzwischen, wie eigentlich schon immer, die militärische Absicherung Europas auch geographisch noch unmöglicher geworden. Insgesamt fordert von Dohnanyi für Europa keine wesentlichen Veränderungen, etwa auch ‚Rückbauten‘ sondern lediglich die entschiedene Selbstbescheidung bzw. Einstellung weiterer Versuche zu mehr verfasster Einheit, dazu konkret auch die Beibehaltung des Prinzips der Einstimmigkeit.

Edzard Reuter sieht dagegen die Notwendigkeit und Möglichkeit, zwar unter Berücksichtigung nationaler - nicht aber eherner – Besonderheiten, dennoch schrittweise eine Vereinigung Europas in allen Politikfeldern zu erreichen. Dies sei nicht nur rational - in der Welt, wie sie ist - unwiderlegbar, viele Menschen ahnten auch selbst schon, dass das weitere Zusammenrücken für unsere Fähigkeit, weiter so zu leben, wie wir wollen, entscheidend sein wird. Die Vorteile des immer engeren Europa würden zunehmend auch – wenn auch nur langsam oder „zu langsam“ – für die Menschen konkreter, weil bereits verbindliche innereuropäisch-zwischenstaatliche Regeln und Instrumente eingeführt wurden, die den Ländern - mit allen Friktionen - nachhaltig halfen. Dieser Weg gehe sicher weiter, müsse aber beschleunigt werden, deshalb der „Weckruf“.

Falsch an von Dohnanyis Position ist vor allem die Verabsolutierung der Tatsache, dass natürlich immer noch der jeweils eigene Staat die zentrale Projektionsfläche für Erwartungen und Enttäuschungen der Menschen in Bezug auf ihre Lebensbedingungen ist. Deshalb mag vieles - gerade auch in Bezug auf die Frage von Demokratie in diesem Prozess – ‚gefühl‘ so stimmen. Genau dies ist aber für die – hier so sensibel in ihrem Druck ‚verstandenen‘ – nationalen Regierungen ein geeigneter Hebel, sodass man zumindest – will man sich nicht nur mit der Wahrnehmungsweise von Staatsbürgern befassen, die bekanntermaßen ja auch gefährlich und falsch sein kann - mit diesem nationalen Argument, als einem zur ‚ganzen‘ Sache, differenzierter umgehen muss. Mittels dieses instrumentalisierbaren Unterschieds nämlich - zwischen (nüchterner) Gesamtlage und (biegsamer) Propaganda - wird die EU ohnehin und gänzlich unverschuldet zum Sündenbock. So wird eben nach Belieben in manchen Mitgliedstaaten

verschwiegen, wie sehr die EU gerade nicht nur Zuchtmeister ist, sondern auch Zahlmeister, für viele Länder so dann auch die Globalisierung gerade nicht ver-, sondern entschärft.

Ein – nicht zu unterschätzendes – Problem bei all diesen Unerfreulichkeiten ist aber auch, dass wir selbst uns daran schon zu sehr gewöhnt haben, sogar mit dem Verständnis, dass ein führender nationale Politiker, bei notorisch ja konstantem Problemdruck, sowas in seiner politischen Arena doch quasi so machen muss (?). Wenn das partiell so ist – wie es ja auch scheint –, so wäre es doch umso dringlicher, dass auch Europa (die Institutionen und wir Bürger) mehr Souveränität entwickelt, wir also nicht mit geballter Faust in der Tasche mutlos werden, sondern genau dies – unirritiert und vorübergehend sogar mit noch mehr Konfrontation – zur Sprache bringen. Im Diskurs der delikaten Beziehung von Nationalstaat und Union darf man nicht einfach – wie Dohnanyi es tut – diesen in seiner Existenz wohlbegründeten, nicht ‚überflüssigen‘ Konflikt selbst einfach eliminieren, indem man den einen Pol annulliert (bloß weil das bei diesem Pol – noch – möglich scheint, beim anderen aber nicht!). Natürlich vermittelt noch mehr Streiten zum Einen durchaus den fatalen Eindruck von noch mehr Stillstand, zum Anderen aber doch auch die Entschlossenheit zu mehr Wirklichkeit. Das kann außerdem auch keine ‚wertvollen‘ Reste an Kooperationsbereitschaft zerstören, sondern gebietet vielmehr allen Versuchen erpresserischer Kooperationsgestik Einhalt.

Auch solche Nationen wissen im Grunde (auf der Basis, die die EU bereits errungen hat), dass sie – gleichsam in ringsum tosender See – mit den anderen in eben diesem „einen Boot“ sitzen. Vielleicht müssen wir alle deshalb geduldiger und ungeduldiger zugleich werden, also lauter und selbstgewisser darauf hinweisen, dass die Orbans und Kaczynskis hinter (zurecht) verschlossenen Türen dann eben ‚zurückgeholt‘ werden müssen und auch schon werden. Dies nicht nur, indem ihnen wiederholt vor Augen geführt wird, dass sie auch viel kriegen, sondern dass sie gerade deshalb den Bogen der Einseitigkeit zuhause und vor den Kameras auch nicht überspannen dürfen (man spürt ja auch manchmal – nachdem diese Türen dann eben wieder aufgehen und sie vor die Presse treten – wie solche Nationalhelden zwar trotzig einen grandiosen Sieg hochhalten, diesen am Ende zurecht aber doch in sehr gebremsten Schaum einwickeln).

Wer deshalb – wie von Dohnanyi – zurecht über Friktionen dieser Art in Europa spricht, darf nationalpopulistischen Manövern oder ihrer bloßen Eventualität nicht auf den Leim gehen, auch wenn eine kluge Europapolitik nationale Gegebenheiten und Empfindlichkeiten natürlich immer berücksichtigen muss. Sie muss sich aber nicht per se jeden Aufschrei dort selbst ankreiden. Zurecht wies Bundeskanzler Scholz deshalb in diesem Zusammenhang kürzlich auch darauf hin, dass – gemäß regelmäßiger Erhebungen – eine große Mehrheit der Menschen, auch in den aktuell besonders kritischen osteuropäischen Staaten, die weitere Integration wünscht und dabei auch die Stärke der Union nicht nur als irrealer Hoffnung, sondern als bereits jetzt wichtige Absicherung der eigenen Zukunft empfindet.

Große Teile dieser Bevölkerungen wählen ja auch konstant proeuropäisch, zu viele „eigentliche Europasymphisanten“ dann aber – im Höhepunkt allesübertönender nationaler Richtungskämpfe – doch ‚nochmal‘ die vermeintliche Stärke. Dies sicher auch im Glaube und der Hoffnung, dass ihr Land so schnell noch nicht die böse Quittung kriegt, was zwar dumm ist, bis auf Weiteres aber auch zutrifft, soweit ein Mitglied ja nicht nur obstruiert, also auch weiter ‚gebraucht‘ wird!.

Das Aushalten dieser Spannung aber und das Gegenhalten europäischer Power muss ‚allmählich‘ – auch im Selbstbewusstsein von uns Bürgern – zum unverzichtbaren, ggf. auch Aufregungen einpreisenden Markenzeichen des institutionalisierten Europa werden. Konflikte dürfen nie gesucht, aber auch nicht um jeden Preis vermieden werden, auch nicht aus Angst vor Rückschritten im Einigungsprozess. Das kann theoretisch zwar auch mal passieren, die europäische Union fußt aber nicht nur auf guter Stimmung, sondern auf einer Eigendynamik in den Mitgliedsländern selbst, die dann schon auch von selbst korrigiert, was ‚too much‘ wird.

Diese Eigendynamik würde dann aber gerade durch einen Verlust an Schärfe und Linie Schaden nehmen. Ein nicht konditionierender Konsensualismus kann nur schaden, selbst wenn wir manchmal fürchten müssen, dass in Europa alles nicht schnell genug geht, uns die globalen Probleme überrollen und man uns deshalb ‚draußen‘ ja auch gerne mal wieder als ‚Gurkentruppe‘ verlacht ... weil wieder einer von uns ganz besonders auf den Putz gehauen hat.

Nichts aber, außer substantielle Einheit, die wir zukünftig noch pointierter als bisher vertiefen müssen, hilft weiter: im Notfall auch mit Sanktionierungen bzw. Ausschlüßungen, auch wenn das technisch im Einzelfall vielleicht nur noch durch die Einschließung aller anderen ginge. Wenn all das aber - menetekelhafterweise - am Ende quasi nicht rechtzeitig gelungen sein würde, dann – so die entspannende Binsenwahrheit - ging's halt nicht anders (der Planet würde auch das verkraften)! Keinesfalls sollten wir uns aber schon jetzt davor in Horror versetzen lassen, vor allem also keine – schon jetzt ja zum Scheitern verurteilte - Leisetreterei fortsetzen oder gar wiedereinführen.

Hier hat von Dohnanyi - ganz anders als Reuter, auch wenn dieser über weite Strecken sehr pathetisch formuliert – eine gefährliche Unschärfe bzw. vertritt die fatale Hauptforderung zur Selbstrücknahme eines angeblich übersteigerten Eurozentrismus, macht dann aber dennoch – allerdings eigentümlich nachgeordnet – einige kluge Vorschläge für ein europäische Zukunft, die u.a. auf eine ‚Transferunion‘ und zwingend sogar ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten verweisen.

Der Ukrainekrieg liefert ‚lediglich‘ eine neue, sehr lange so nicht mehr dagewesene, dramatische Begründung, warum diese guten, zumindest auf unserem Kontinent (durch eigenes Zutun möglichst bald wieder) unkriegerischen Zukunftsaussichten nun auch von uns Bürgern selbst - in einer mentalen und motivationalen „Zeitenwende“ – mit entschlossener Einseitigkeit auf die europäische Tagesordnung gesetzt werden müssen. Dies ist ein Rigorismus, was als solches viele Menschen gerade in Deutschland zu recht nicht lieben, hier aber zu Unrecht, weil es niemanden bedroht.

Machen wir uns also viele kluge Sachargumente von Klaus von Dohnanyi zu eigen, hören wir aber mehr auf den Weckruf von Edzard Reuter und anderen!

<--->